

Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.12 - 59. Jahrgang

20. Juni 2009

„Eine mitreißende Rede von Frank-Walter Steinmeier“

Mehr als zehnminütiger Beifall zeigte nach der Rede von Frank-Walter Steinmeier auf dem SPD-Bundesparteitag in Berlin, dass er den Nerv der Partei getroffen hat. Dabei hat er in aller Deutlichkeit die Unterschiede zur CDU beschrieben. Stimmen von Berliner Delegierten:

Andreas Geisel, SPD-Kreisvorsitzender und Bundestagskandidat in Lichtenberg: „Frank-Walter hat heute gezeigt, dass er kämpft und er hat gut gekämpft. Was die Erwartungen angeht, an die Rede unseres Kanzlerkandidaten, da lag die Latte ziemlich hoch und Frank-Walter hat die Höhe klar übersprungen. Er hat in 5 Punkten ganz klar gemacht wofür die SPD steht.“

Petra Merkel, SPD-Bundestagsabgeordnete aus Charlottenburg-Wilmersdorf, fand die Rede nicht nur gut – sie fand sie klasse. „Es war gut, dass Frank-Walter sehr kämpferisch formuliert hat, dass die SPD keine Klientelpartei ist – so wie andere – sondern eine Volkspartei. Eben keine Partei die Gräben aushebt, sondern gerade in der Krise Brücken baut für die Menschen. Das hat mir sehr gut gefallen.“

Franziska Drohsel, Bundesvorsitzende der Jusos: „Sehr gut. Es war eine kämpferische Rede. Frank-Walter hat mit klaren Botschaften sehr deutlich gemacht, wofür die SPD steht. Polarisierung in der Rede – gut gelungen: Es geht jetzt darum, sozialdemokratisches Profil zu zeigen.“

Mark Rackles, Landeskassierer der Berliner SPD: „Es war eine sehr engagierte, kämpferische Rede unseres Kanzlerkandidaten. Die Stimmung unter den Delegierten nach der Rede ist gut; die Rede war auf den Punkt: Es geht darum, schwarz-gelb zu verhindern. Wir müssen jetzt alle Kraft daran setzen, das den Menschen im Land klar zu machen.“

Thomas Weber □

Bundesparteitag:

„Das Ding ist offen“

Frank-Walter Steinmeier begeisterte die Delegierten

„Das Ding ist offen. Wir werden es offen halten und am Ende gewinnen.“ Mit einer kämpferischen Rede hat SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier die Delegierten des Berliner Bundesparteitags mitgerissen. „Die Marktradikalen sind am Ende. Die Antworten können nur sozial und demokratisch lauten“, sagte Steinmeier.

„Es geht jetzt um Führung, Klarheit, Richtung“, so der SPD-Kanzlerkandidat – nicht nur für die nächste Legislatur, sondern „für das ganze Jahrzehnt“. Darüber werde am 27. September entschieden. „Ich sage denen: Wir Sozialdemokraten sind auf der Höhe der Zeit. Ihr seid es nicht!“ Das von den 480 Delegierten beschlossene Regierungsprogramm der SPD gebe klare Antworten..

Steinmeier betonte: „Es geht um soziale Gerechtigkeit oder marktradikale Ideologie.“ Er warnte davor, die Energiewende rückgängig zu machen und wieder auf Kernenergie zu setzen. Und er wies darauf hin, dass nur die SPD für „Teilhabe und Chancen für viele statt Privilegien für we-



Bundesparteitag in Berlin: Jubel für Frank-Walter Steinmeier. Foto: Weber

nige“ stehe. All dies sei „aber nur mit einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung zu haben“. Leidenschaftlich rief Frank-Walter Steinmeier dazu auf, schwarz-gelb auf Bundesebene zu verhindern, „weil die Ideologie, die uns in die Krise geführt hat, sicherlich nicht die Antwort auf die Krise sein kann“. Die richtigen Antworten auf die Krise habe die SPD: „Wir haben das richtige Programm für die Zukunft unseres Landes“, so Steinmeier.

mehr auf der Seite 9

Internetsperren:

„Löschen hat Vorrang“

Benneter: Grundlegende Änderungen der CDU-Pläne gelungen

Kinderpornographie soll im Internet verfolgt werden, ohne dass wesentliche Bürgerrechte eingeschränkt werden. Der SPD, so der Bundestagsabgeordnete Klaus Uwe Benneter, sei es gelungen, die bisherigen CDU-Pläne „grundlegend zu ändern“.

Es werde, so Benneter, ein auf drei Jahre befristetes Spezialgesetz geben, die Sperrlisten würden von einem unabhängigen Expertengremium geprüft, eine Speicherung von Nutzerdaten erfolge nicht. Internetexperten – auch der Online-Beirat der SPD – hatten gewarnt, die Sperren könnten auf andere Internetinhalte ausgeweitet werden. Dies sei, so Benneter, nun definitiv

ausgeschlossen. Die SPD könne sich dem Anliegen nicht verschließen, gegen Kinder-

IN DIESER AUSGABE:

SCHULREFORM KANN STARTEN	S. 3
25 JAHRE MARIE-SCHLEI-VEREIN	S. 7
NACH DER EUROPAWAHL	S. 8
DIE SPD ALS THINK-TANK	S. 11

pornographie im Internet vorzugehen. Sie habe aber den Grundsatz „Löschen vor Sperren“ durchgesetzt. Damit soll zunächst dafür gesorgt werden, dass kinderpornographisches Material aus dem Netz verschwindet, nur wenn das nicht gelinge, erfolge eine Sperrung der Seiten. U.H. □

Bildungspolitik:

„Richtige Entscheidung“

18 Milliarden Euro für Hochschulen und Forschung

Nach einigem Hin und Her konnten sich Bund und Länder in der vergangenen Woche endlich auf die Fortsetzung der drei großen Bund-Länder-Initiativen für Bildung und Forschung einig.

Die Verlängerung des Hochschulpaktes, der Exzellenzinitiative und des Paktes für Forschung und Innovation ist die richtige Entscheidung zur richtigen Zeit. Gerade in der Konjunkturkrise müssen Bildung und Forschung Konjunktur haben. In Zeiten einer tiefen Wirtschafts- und Finanzkrise ist die Verlängerung der Initiativen ein weiteres klares Signal für die Priorität von Bildung und Forschung.

Die SPD hat ihr Wort gehalten und alle drei Bund-Länder-Initiativen für Bildung und Forschung verbindlich verlängert. Damit können bis 2015 zusätzliche 275.000 Studienplätze geschaffen werden und die Hochschulen und die außeruniversitären Forschungsorganisationen erhalten für ihre Nachwuchs- und Forschungsarbeit die notwendige langfristige Planungssicherheit mit einer klaren Wachstumsperspektive.

Insgesamt stehen damit für den Hochschulpakt II, für die Exzellenzinitiative II und für den Pakt für Forschung und Innovation bis 2019 über 18 Milliarden Euro zusätzlich bereit, wovon allein der Bund fast 12 Milliarden Euro trägt. Damit können die Exzellenzinitiative und der Pakt für Forschung und Innovation, beide von der SPD bereits in der vergangenen Legislatur durchgesetzt, fortgeführt werden. Vor allem aber ist mit dem Hochschulpakt II der Weg zu 275.000 zusätzlichen Studienanfängern offen. Das sind 275.000-mal eine zusätzliche Chance auf ein Studium und damit auf eine positive Bildungs- und Lebensperspektive für junge Menschen.

Insbesondere für die Hochschul- und Wissenschaftsstadt Berlin ist diese Ent-

scheidung von größtem Wert. Allein im Rahmen des Hochschulpaktes werden bei Aufrechterhaltung der bisherigen Studienanfängerzahlen 350 Millionen Euro nach Berlin fließen.

Für die SPD ist mit der verbindlichen Unterzeichnung die Debatte aber keineswegs erledigt. Denn nicht zuletzt aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise drohen dem Bund die Finanzmittel für die Fortsetzungen zu fehlen, wenn nicht zusätzliche, entsprechend zweckgebundene Einnahmen erzielt werden können. Leider weigert sich die CDU/CSU bis heute, hier zu einer seriösen Debatte um Finanzierungsinstrumente zu kommen. Die SPD-Bundestagsfraktion ist hier eindeutig und hat mit der Forderung nach einem Bildungssoli einen tragfähigen und sozial gerechten Vorschlag auf den Tisch gelegt. Denn eines ist klar: Ohne zusätzliche Einnahmen für Bildung und Forschung wird es im Herbst nicht gehen können.

Aber leider herrscht hier bei der CDU/CSU weiterhin Funkstille. Der Union fehlt ein klares Finanzierungskonzept und hängt gemeinsam mit der FDP weiter ihren Illusionen von Steuersenkungen nach. Von daher ist es nur gut, dass die Bürgerinnen und Bürger am 27. September die Wahl haben und damit für eine klare, nachhaltige und eben auch finanziell unterlegte Bildungs- und Forschungspolitik.

Swen Schulz, MdB □



Der Berliner SPD-Bundestagsabgeordnete Swen Schulz fordert auch in Zukunft eine solide Finanzierung für die Bildung.

Foto: SPD

POLITIK PERSÖNLICH

Klaus Böger, früherer Senator für Bildung, Jugend und Sport ist als Nachfolger von Peter Hanisch zum neuen Präsidenten des Landessportbundes Berlin (LSB) gewählt worden. Nach einer engagierten Vorstellungsrrede konnte sich Klaus Böger mit 112 zu 66 Stimmen gegen den bisherigen LSB-Vizepräsidenten Dietrich Gerber durchsetzen. Bögers Ziel: „Der Sport muss öffentlich stärker mit seinen Werten und Leistungen werben.“ Mit der Leichtathletik-Weltmeisterschaft vom 15. bis 23. August in Berlin wird es dazu eine hervorragende Gelegenheit geben.



Abschiedsempfang für Hannes Hönemann. Foto: Horb

Hannes Hönemann, sieben Jahre lang Pressesprecher der Berliner SPD und zuletzt auch stellvertretender Landesgeschäftsführer, ist mit einem Empfang im Kurt-Schumacher-Haus verabschiedet worden. In turbulenten und wahlkampfreichen Zeiten organisierte er die Öffentlichkeitsarbeit der Berliner SPD, als Moderator hat er durch zahlreiche Diskussionsrunden und Veranstaltungen geführt. Am 1. Juli nimmt er seine neue Tätigkeit in der Öffentlichkeitsarbeit des Energieversorgers Vattenfall auf. Der SPD-Landesvorsitzende Michael Müller dankte ihm für die vertrauensvolle Zusammenarbeit. Die Nachfolge im SPD-Landesverband wird Daniela Augenstein antreten.

BS □

Drei Frauen neu im Vorstand

Nachwahl bei der SPD Friedrichshain-Kreuzberg

Die SPD Friedrichshain-Kreuzberg hat bei ihrer Kreisdelegiertenversammlung am 12. Juni im Rathaus Kreuzberg zwei Positionen im Geschäftsführenden Kreisvorstand und eine Beisitzerin in den Kreisvorstand nachgewählt.

Die bisherige Kreisschriftführerin Alexandra Kast wurde mit deutlicher Mehrheit zur stellvertretenden Kreisvorsitzenden gewählt. Die Quartiersmanagerin hatte bis-

her schon eine leitende Funktion im Wahlkampfteam des Friedrichshain-Kreuzberger Bundestagskandidaten Björn Böhning inne. In das Amt der Kreisschriftführerin wurde Nina Wettern gewählt. Die studierte Erziehungswissenschaftlerin ist zugleich Ortsgruppenvorsitzende der Naturfreunde. Außerdem wurde mit Alexandra Ortmann eine aktive Hochschul- und Bildungspolitiklerin als neue Beisitzerin in den Kreisvorstand nachgewählt.

PM □

Berliner Stimme

Herausgeber: SPD Landesverband Berlin
Verlag: wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin
Redaktion: Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin
Abo-Service: Jürgen Thomas, Tel.: 2408 36-60, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de
 Abonnementspreis: 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)
Druckerei: KORRekt Mailingservice Berlin



Tausend rote Rosen hat die SPD am Vormittag des 17. Juni an der Gedenkstätte für den Arbeiteraufstand an der Wilhelmstraße niedergelegt. Die SPD-Bundestagsabgeordnete Eva Högl erinnerte in ihrer Rede an die über 300.000 Menschen, die am 17. Juni 1953 für ihre Rechte auf die Straße gegangen waren. Ihr Mut habe Entwicklungen möglich gemacht, die vor 20 Jahren mit dem Fall der Mauer endeten. Der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit legte einen Kranz an der Gedenkstätte nieder. Fotos: Horb

Mehr Bildungsgerechtigkeit

Schulerfolg ist keine Lotterie mehr

Das Ziel heißt mehr Bildungsgerechtigkeit: Die vom Berliner Senat beschlossene Schulreform eröffnet neben dem Gymnasium einen zweiten gleichwertigen Weg zum Abitur, sie lässt mehr Raum für die individuelle Förderung, sie eröffnet Jugendlichen bessere Chancen auf eine Berufsausbildung. Themen, die hinter der Detailfrage des Zugangs zum Gymnasium fast unterzugehen drohten.

Die wesentliche Frage, so der SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende Michael Müller in der Debatte des Berliner Abgeordnetenhauses, sei: „Wie können wir diesen unhaltbaren Zustand auflösen, dass Schülergenerationen von der Haupt- oder auch der Realschule in die Perspektivlosigkeit entlassen werden, weil sie entweder gar keinen Abschluss haben oder einen Abschluss, mit dem sie in der Berufswelt nichts anfangen können?“ In Berlin sei intensiv über die Frage diskutiert worden, wie Kindern mehr Chancen gegeben werden könnten.

Mit der Schulreform werden Haupt-, Real- und Gesamtschulen zu Sekundarschulen zusammengefasst, an denen ebenfalls das Abitur abgelegt werden kann. Michael Müller: „Über die Sekundarschule bekommen die Kinder eine bildungspolitische Perspektive, weil wir nicht nur das Schulsystem reformieren, sondern auch entsprechend ausstatten - mit zusätzlichen Lehrerstellen, zusätzlichen Erzieherstellen, zusätzlichen Sozialarbeiterstellen und auch baulich.“ Die Schulreform sorgt dafür, dass für alle Schülerinnen und Schüler Entwicklungsmöglichkeiten entstehen, die ihren individuellen Lernvoraussetzungen und ihrem Lerntempo gerecht werden. Alle Sekundarschulen und viele Gymnasien werden einen Ganztagsbetrieb anbieten.

Der zentrale Kern der Reform sei nicht die Frage des Zugangs zum Gymnasium,

betonte Müller. Es gehe um die Frage, wie man die bildungspolitische Perspektivlosigkeit auflöse. Die Vereinbarung zum Zugang für die Oberschulen bezeichnete der SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende als „praktikable Regelung“. An Gymnasien und Sekundarschulen, an denen es mehr Bewerberinnen und Bewerber als Plätze gibt, können in Zukunft bis zu 70 Prozent der Schülerinnen und Schüler direkt von der Schule oder im Einvernehmen mit dem Schulumt ausgewählt werden, mindestens 30 Prozent werden über Los bestimmt.

Die Schulen, so Michael Müller, haben „besser denn je die Möglichkeit, ein klares Schulprofil zu entwickeln und die dafür geeigneten Schülerinnen und Schüler auszuwählen“. „Gleichzeitig werden wir mit dem Losverfahren dem Elternwillen gerecht und schaffen mehr Chancengerechtigkeit“, so der SPD-Vorsitzende. Vorteilhaft sei, so Müller, dass mit dem neuen Verfahren die oft kritisierte Auswahl der Schule nach dem BVG-Fahrplan wegfallen würde. Sinnvolle Kriterien, wie zum Beispiel die Geschwisterregelung, bleiben über die Härtefallregelung erhalten.

Mit 31 Unterrichtsstunden in der Woche in den Klassen 7 und 8 und 32 Stunden in den Klassen 9 und 10 hat die Studententafel an der Sekundarschule zwei Stunden weniger als am Gymnasium. Das ergibt sich aus der um ein Jahr längeren Schulzeit bis zum Abitur. Der Vorteil ist mehr Zeit für Förderung und um individuellen Neigungen und Interessen nachzugehen.

Mit der Form des Dualen Lernens wird zudem eine sinnvolle Verknüpfung des Lernens in der Schule mit einem Praxisplatz geschaffen. In den Integrierten Sekundarschulen sollen die Schülerinnen und Schüler in diesen Unterrichtseinheiten auf die spätere Berufsausbildung und -tätigkeit bestens vorbereitet werden.

U.H./ BS □

20. und 21. Juni:

Schwul-lesbisches Stadtfest

Am 20. und 21. Juni 2009 findet das schwul-lesbische Stadtfest im Motzstraßenkiez in Schöneberg statt.

Das Stadtfest ist mit einer jährlichen Besucherzahl zwischen 350.000 und 400.000 das grösste seiner Art in Europa. Der Landesverband der Schwusos ist an beiden Tagen von jeweils 11 bis 22 Uhr mit einem Stand in der sogenannten Politikwelt in der Eisenacher Straße vertreten.

Ihr Kommen zugesagt haben auch mehrere SPD-Bundestagsabgeordnete und Wahlkreis Kandidaten, darunter Wolfgang Thierse, Kajo Wasserhövel, Klaus-Uwe Benneker, Mechthild Rawert, Swen Schulz, Petra Merkel, Dr. Eva Högl, Björn Böhning, Rudi Kujath und Andreas Geisel. Einen Besuch am Stand haben auch der SPD-Landesvorsitzende Michael Müller, Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer und Justizsenatorin Gisela von der Aue angekündigt.

BS □

SPD-Fraktion Mitte:

„Von Verschwendung keine Rede“

Die SPD-Fraktion in der BVV-Mitte hat den Vorwurf der Verschwendung von Haushaltsmitteln im Bezirk zurückgewiesen.

Mitte sei der Bezirk mit dem schlechtesten Sozialindex in Berlin, so die SPD. Vor diesem Hintergrund habe der Bezirk im Vergleich zu anderen Bezirken mehr für die Förderung freier Träger sowie freiwillige soziale Leistungen im Jugend- und Sozialbereich ausgegeben.

Ein Teil des Haushaltsdefizits rühre von erheblichen Altschulden her, die im Bezirk Mitte bereits in den Jahren 2002 und 2003 verursacht wurden. Ursache hierfür sind Mehrausgaben für gesetzliche Pflichtleistungen, die von der Senatsverwaltung nicht erstattet wurden. Ein Versäumnis des ehemaligen Bezirksbürgermeisters Joachim Zeller (CDU), so die SPD-Fraktion.

Senat:

Engagement fördern

Der Senat hat auf Vorlage des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit Grundsätze und Leitprojekte zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in Berlin beschlossen. Zu den konkreten Maßnahmen gehören u. a. ein Internet-Bürgerportal „bürgeraktiv Berlin“ und ein Modellprojekt zur Schulung von Freiwilligenkoordinatoren an Berliner Schulen.

BS □

Arbeitskreis Berliner Senioren:

„Jung und Alt gehören zusammen“

Konzentriertes Angebot: 35. Berliner Seniorenwoche startet am 27. Juni

Gebaltes ehrenamtliches Engagement ist hier zu finden: Am Sonnabend, d. 27. Juni wird die 35. Berliner Seniorenwoche mit einem großen Eröffnungs-Infomarkt auf dem Breitscheidplatz eingeleitet.

Das dazugehörige kostenlose 36-seitige Programmheft ist seit dem 21. April mit 25.000 Exemplaren in der stadtweiten Verteilung. Es dokumentiert berlinweit 363 Veranstaltungen. Erhältlich ist es bei allen Bürgerämtern Berlins, den Seniorenvertretungen und allen Mitgliedsorganisationen

Filmmatinee:

DDR-Jugend und Rockszene

Mit einer Filmmatinee erinnert die SPD Bötzowviertel am morgigen Sonntag an die Situation Jugendlicher in der Endphase der DDR. Gezeigt wird „Flüstern und SCHREIEN“, ein Dokumentarfilm aus dem Jahr 1988 von Regisseur Dieter Schuhmann, der Einblicke in die Underground-Musikszene der DDR gibt.

Zu sehen sind Interviews und Live-Ausschnitte von Konzerten unter anderem mit den Bands: Silly, Sandow, Feeling B und Chicoree (Dirk Zöllner/Die Zöllner). In diesem Film kommen neben den Musikern auch die Fans der Bands und Jugendliche aus verschiedenen Lebensumfeldern und Szenen zu Wort.

Die SPD Bötzowviertel erinnert mit der Veranstaltung an die politische Situation in den späten achtziger Jahren in Berlin und der DDR sowie an 20 Jahre friedliche Revolution und Mauerfall. Dazu liefert der 1988 entstandene Dokumentarfilm über die Rockmusikszene der DDR ein realistisches und ungeschöntes Bild der gesellschaftlichen Verhältnisse, wie es zuvor in den Kinos der DDR nicht zu sehen war. Zugleich macht der Film aber bewusst, dass die Frage der Zukunftsperspektiven Jugendlicher ein zeitlos aktuelles Thema geblieben ist.

Die Filmmatinee über den Rockreport „flüstern & SCHREIEN“ wird von einer anschließenden Diskussionsrunde unter der Moderation des SPD-Bundestagskandidaten Björn Böhning begleitet, an der Jörg Stempel, Manager der Kult-Band Silly und Arne Grimm, Zeitzeuge aus dem Prenzlauer Berg, teilnehmen. **PM** □

➔ Filmmatinee, 21. Juni 2009, ab 11.00 Uhr, Filmtheater am Friedrichshain, Bötzowstraße 1-5, Eintritt frei

des Arbeitskreises Berliner Senioren (ABS) und nicht zuletzt bei den am Infomarkt teilnehmenden Organisationen, es wird aber auch auf telefonische Nachfrage unter 5480 0655 oder 8620 8970 zugesandt.

Am Sonnabend, dem 27. Juni 2009, dem Eröffnungstag der Seniorenwoche, bieten soziale Einrichtungen und Seniorenorganisationen von 10 bis 17 Uhr auf dem Breitscheidplatz Informationsmaterial und Gespräche an.

Ohne Übertreibung kann wohl gesagt werden, dass der Eröffnungstag der Berliner Seniorenwoche das konzentrierteste Informationsangebot der Seniorenarbeit in Berlin zeigt. Die 206 Stände setzen sich zusammen aus den speziellen Angeboten der Seniorenorganisationen, der Organisationen der Freiwilligenarbeit, dem Forum der pflegenden Angehörigen, dem Infomarkt der Selbsthilfeorganisationen, dem Gemeinschaftsstand der Stadtteilzentren.

Ein Bühnenprogramm von 9.30 bis 17 Uhr bietet ein reichhaltiges Angebot an Musik, Tanz, Gesang und Theater und Mitmach-Gelegenheiten für das Publikum.

Die offizielle Eröffnung um 10 Uhr durch Inge Frohnert, Vorsitzende des Arbeitskreises Berliner Senioren, und Dr. Heidi Knake-Werner, Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales wird gefolgt von Grußworten durch Dr. Uwe Lehmann-Brauns, Vizepräsident des Berliner Abgeordnetenhauses und Klaus-Dieter Gröhler, stellv. Bezirksbürgermeister und Baustadtrat des Bezirks Charlottenburg-Wilmersdorf.

Das Theater der Erfahrungen und die Werkstatt der alten Talente werden durch den ganzen Tag über den Platz verteilte Mitmach- und Anregungsaktivitäten anbieten.

Die 35. Berliner Seniorenwoche hat in ihrem Jubiläumsjahr 2009 das Motto „Jung und Alt gehören zusammen“. Damit wollen wir den Anspruch auf die generations-

Berlin-Istanbul

20 Jahre Städtepartnerschaft - Initiativen im Dialog

Zivilgesellschaftliche Initiativen aus Berlin stellen sich an diesem Wochenende im Rahmen einer Veranstaltung zum zwanzigjährigen Bestehen der Städtepartnerschaft mit Berlin in Istanbul vor.

Die Konferenz, an der aus Berlin auch das August-Bebel-Institut mitwirkt, soll Einblicke in die Geschichte und die aktuelle Arbeit sozialer Bewegungen und zivilgesellschaftlicher Organisationen in den The-

Das Programmheft zur Seniorenwoche liegt u.a. bei den Bürgerämtern aus.

übergreifende Bedeutung zwischen Alt und Jung betonen und zum Ausdruck bringen, dass die Verbundenheit miteinander eine wichtige Quelle des Verstehens darstellt.

Die Berliner Seniorenwoche ist in diesem Jahr eingebettet in die stadtweiten Aktivitäten des Jahres der Stadtteilzentren 2009. Sie zeigt einen vielfältigen Querschnitt aus dem Angebot der Leistungen für ältere Menschen in Berlin.

Außerdem werden in den folgenden 13 Tagen der Seniorenwoche - aber auch davor und danach - stadtweit in allen Bezirken 363 Veranstaltungen verschiedenster Art angeboten - meistens kostenlos

Hans Buchholz □

➔ Das Programm der Seniorenwoche im Internet: http://sewo.senioren-berlin.de/?page_id=18

menfeldern Stadtentwicklung, Umweltpolitik, Frauen & Gender, Migration und Gewerkschaftsarbeit in Berlin geben. Sie ist Teil des Berliner Beitrags zum Jubiläum der Städtepartnerschaft und findet parallel zum Besuch des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Klaus Wowereit, in Istanbul statt.

Auf einer Netzwerkonferenz im Oktober in Berlin wird der Dialog zwischen den Initiativen fortgesetzt. **BS** □

Soziale Stadt:

„Der Druck wächst stetig“

Alexandra Herrmann zur Mietpreisentwicklung in Charlottenburg-Wilmersdorf

Fast täglich erscheint in der Berliner Presse ein Artikel zum Thema „Mieten alarmierend gestiegen“ oder „In der Innenstadt wird der Wohnraum knapp“. Für die Innenstadtbezirke Charlottenburg-Wilmersdorf, Mitte und Prenzlauer Berg liegen die Mieten für Neuverträge im Durchschnitt bei 7 bis 8 Euro Nettokaltmiete/qm, Altmietler zahlen ca. 5 bis 6 Euro Kaltmiete. Neben den deutlich gestiegenen Wohnnebenkosten ist dies eine erhebliche Mehrbelastung für viele Mieter in einer Großstadt, in der 85 % der Bürger in Mietwohnverhältnissen leben. Gemessen am Durchschnittseinkommen der Berliner liegen die Belastungen durch Mietausgaben ähnlich hoch wie in München, Frankfurt oder Hamburg. Panikmache oder Realität?

Der Berliner Mieterverein konkretisiert die medienverkündete Situation: der stellvertretende Hauptgeschäftsführer Reiner Wild zählt als Gast einer Veranstaltung der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf die verschärften Bedingungen für die Innenstadtmietler auf: Eigentümerstrukturwechsel, Knappheitsgebiet, große Spannen zwischen Altverträgen und Neuverträgen, unfreiwillige Vertreibung der Altmietler.

MIETENPOLITIK IST WIRTSCHAFTSPOLITIK

Reiner Wild wies darauf hin, dass Mietpolitik Wirtschaftspolitik sei. Was die Berliner für die Mietsteigerungen ausgeben müssen, müssen sie an anderer Stelle einsparen. Der wohnungsbaupolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus, Dr. Michael Arndt, bestätigt die Beobachtungen des Mietervereins: Die ruhigen Zeiten für die Berliner Mieter sind vorbei. Der Druck wächst stetig und das nicht nur aufgrund der gestiegenen Mietnebenkosten. Die Immobilienbranche der Berliner Innenstadt hat sich längst vorgenommen: Aus den Berliner Mietern ist noch viel herauszuholen.

Berliner Hausverwaltungen gründen Tochterfirmen, die für ausländische Geldanleger das komplette Gebäudemanagement übernehmen, vom Grundbucheintrag über das Mieterhöhungsmanagement bis zum Entmietungsmanagement bei der Umwandlung der Miet- in Eigentumswohnungen. Beispielhaft ist in Charlottenburg-Wilmersdorf die am Kurfürstendamm ansässige Berlin Residential Hausverwaltungen (BRH), die vor drei Jahren gegründet wurde, um ausländische Immobilienkäu-



Sorge vor Mietpreiserhöhungen: Immobilien in Berlin gelten als günstig. Foto: Horb

fer zu betreuen. Sie ist seit drei Jahren vorrangig für skandinavische Geldanleger tätig. Viele Mieter der überwiegend in den vergangenen zwei bis drei Jahren von ihren Kunden erworbenen Objekte wurden kurz nach dem Kauf mit der gesetzlich maximal möglichen 20prozentigen Erhöhung der Nettokaltmiete konfrontiert.

GEWINNSTEIGERUNG ALS OBERSTES ZIEL

Auch die schwedische Tochterfirma Akelius Berlin GmbH, die im Sommer 2008 in Charlottenburg zahlreiche Mietobjekte gekauft hat, macht in ihrer Internetveröffentlichung kein Hehl daraus, wie ihre Geschäftsprinzipien aussehen: Akelius beabsichtigt den Kauf weiterer 20.000 Wohnungen in den deutschen Großstädten - an erster Stelle Berlin - und stellt die Gewinnsteigerung durch Mieterhöhungen an die erste Stelle ihrer Zielsetzung. Auf einen großen Teil der Berliner Mieter kommt einiges zu.

Die Finanzkrise erhöht das Interesse der Anleger an Berliner Immobilien zusätzlich. Der Münchner Finanzinvestor, Dr. Hans Albrecht, dessen Private-Equity-Gesellschaft NCAH Albrecht KG im Jahr 2004 u.a. in Charlottenburg am Lietzensee ein Miethaus gekauft hat und ungeachtet umfangreicher Modernisierungserfordernisse durch massive Mieterhöhungsverlangen eine Verdoppelung der Mieterträge - möglichst auf ca. 10,00 EUR Kaltmiete - erreichen will, rät in der Zeitschrift Focus in der jetzigen Krise zu sicheren Anlageformen: Immobilien kaufen. Ausdrücklich wird im Artikel darauf hingewiesen, dass sich für

Anleger - auch in deutschen mittelgroßen Städten - durch den Abschluss von neuen privaten Mietverträgen gute Renditemöglichkeiten ergäben, da es hierbei keine gesetzlichen Begrenzungen der Nettokaltmiete gibt. Hier herrscht freie Marktwirtschaft. Dabei liegt die Metropole Berlin im Zentrum in- und ausländischen Interesses. Die Berliner Immobilien gelten im Vergleich zu anderen deutschen Großstädten noch als günstig. Allein, was stört sind die unter dem Gesichtspunkt der Gewinnmaximierung unrentablen Mietverträge der Altmietler, die häufig nicht in der finanziellen Lage sind, mehr zu bezahlen. Mit einer Kaltmiete von 5,00-6,00 EUR sind die übersteigerten Renditeerwartungen von Kapitalanlegern jedoch nicht zu befriedigen. Der Top-Wert einer 25 %-Rendite bleibt das Ziel. Für das bunte sexy Berlin und seine Familien, Singles, Alleinerziehenden, Kleinrentnerinnen und Rentner, Studenten, Künstler und nicht zuletzt Migrantinnen und Migranten ist dies ein wachsendes Problem.

Das Thema Mietrecht und der Schutz von Mietern sind das Thema und die Aufgabe der SPD im Bund und in Berlin. Seit der Mietrechtsreform von Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin (SPD) im Jahr 2001 gilt bundesweit eine geringere Kappungsgrenze für Mieterhöhungen durch die Vermieter. Innerhalb von drei Jahren dürfen sie nach § 558 Abs. 3 BGB die Nettokaltmiete um 20 % erhöhen. Däubler-Gmelin hat die Kappungsgrenze verdienstvollerweise zwar von 30% auf 20% gesenkt, doch nach acht Jahren ist auch diese Zahl nicht mehr zeitgemäß. Nicht nur in Berlin können sich die Bundesbürger solche großen Mietpreissprünge nicht mehr leisten.

Auch für die Berliner Landesregierung ist Mietpolitik eine ökonomische Frage. Im Endeffekt wird der Berliner Senatshaushalt nicht nur, wie gerade durch die Erhöhung des Wohngeldes geschehen, die gestiegenen Heizkosten abfangen, sondern auch verstärkt Zuschüsse zur Nettokaltmiete geben müssen, so wie beim städtischen Wohnungsbau. Und das allein, um die grenzenlosen Gewinnerwartungen von Vermietern zu befriedigen.

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung bietet im Internet eine äußerst hilfreiche Mietspiegelabfrage, mit der jeder, der eine Mieterhöhung bekommt, die angemessene Kaltmiete speziell für seine Mietwohnung - ohne Anwalt - ausrechnen kann. Diese Mietspiegelabfrage ist detail-

Fortsetzung Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

liert als der allgemeine Berliner Mietspiegel und berücksichtigt nicht nur die Lage und das Alter der Hauses sondern auch die Beschaffenheit und Ausstattung einer jeden einzelnen Wohnung. Manch einer wird erstaunt sein, wie gering der Mietwert seiner Wohnung ist, selbst wenn sie sich in guter oder sehr guter Lage befindet.

Gerade die beliebten Altbauten haben einen enormen Modernisierungsrückstau, viele der hundertjährigen Gebäude haben noch nie eine grundlegende Sanierung erfahren. Häufig wurde lediglich die Hausfassade verputzt und gestrichen. Dies schlägt sich in der Mietpreisberechnung deutlich nieder, denn die Lage der Wohnung macht in der Gesamtberechnung der Internetabfrage nur ein Fünftel aus, vier Fünftel betreffen den Wohnungs- und Gebäudezustand.

Die Chancen für Mieter, Mieterhöhungen erfolgreich abzuwehren, stehen daher häufig gut, denn wer als Vermieter für eine Altbauwohnung über 90 qm in guter Lage die Mietspiegelobergrenze von 6,89 EUR Kaltmiete verlangt, muss dafür auch einen neuzeitlich modernisierten Standard bieten. Das fängt beim Badezimmer an und hört bei unter Putz gelegten Elektroleitungen und Heizungsrohren, trocken gelegten Kellern und einer guten Belichtung der Wohnung noch nicht auf. Die Berliner Altmietler sollten dieses Angebot des Senats unbedingt nutzen. Die Berechnung der Se-

natsverwaltung ist im Klagefall zuverlässig und gerichtsfest, da sich das Gericht ein genaues Bild von der Wohnung machen kann. Wichtig ist außerdem, dass der Mieter eigene Investitionen in die Wohnung vor Gericht belegen kann, sonst kann im Zweifelsfall von Investitionen des Vermieters ausgegangen werden, auch wenn dies nicht den Tatsachen entspricht.

MIETERHÖHUNG: ZUSTIMMEN ODER ABLEHNEN?

Sehr wichtig an der Mietspiegelabfrage ist, dass eine objektive Berechnung des Mietwohnwertes durch die Senatsverwaltung einem dann aufgeklärten Altmietler die Angst vor einem Klageverfahren nimmt, das vermutlich immer mehr Berliner Hauseigentümer anstrengen werden. Leider, so zeigt die Erfahrung, trauen sich viele Mieter aus Unwissenheit nicht, eine Zustimmung zur Mieterhöhung abzulehnen. Nicht wenige wissen beispielsweise gar nicht, dass man einer Mieterhöhung nicht nur in voller Höhe sondern auch nur teilweise zustimmen kann.

Ein weiteres Problem ist das emotionale Grundgefühl vieler Mieter, sich nicht mit ihrem Vermieter anlegen zu wollen, der seinerseits gar keine Befindlichkeiten dieser Art hat. Es geht ums Geld. Wenn Mieter keine Einsprüche erheben ist die nächste Mieterhöhung auch nicht mehr fern, ob gerechtfertigt oder nicht. Die Zeit, sich als

Mieter mit diesen Tatsachen vertraut zu machen und sich seiner Rechte und Möglichkeiten zu versichern, ist gekommen.

Helfen könnte den Mietern - nicht nur in Berlin, sondern in Städten der Bundesrepublik wie Potsdam oder Lüneburg, wo das Mietniveau das der nächstgelegenen Metropole sogar noch übersteigt - aber vor allem eine bundesgesetzliche Änderung des Mietrechts.

ÜLKER RADZIWILL: ERHÖHUNG BEI NEUVERTRÄGEN BEGRENZEN

Erkannt hat dies die Charlottenburger Abgeordnete der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin, Ülker Radziwill. Sie möchte eine Begrenzung der Mieterhöhung bei Neuverträgen bis zur Obergrenze der ortsüblichen Vergleichsmiete und eine Senkung der gesetzlichen Kappungsgrenze auf maximal 10 Prozent in vier Jahren, die von vornherein die Mieterhöhungsverlangen einschränkt und Altmietler schützt, erreichen. Eine deutliche Absenkung könnte auch die Gewinnmaximierungsabsichten der zahlreichen Kaufinteressenten, die häufig nicht etwa Investoren sondern Spekulanten sind, in unserer Stadt zügeln. Sie investieren nicht in die Stadt Berlin und sie wählen auch nicht SPD.

Alexandra Herrmann □

Der Mietspiegel im Internet: <http://www.stadtentwicklung.berlin.de/wohnen/mietspiegel/>

Rückzugsort am Straßenstrich

Bundesjustizministerin Brigitte Zypries besuchte den Frauentreff „Olga“

„Zutritt für Männer verboten“ steht auf dem Schild über der Eingangstür. Anlässlich des internationalen Huren-tages besuchte Bundesjustizministerin Brigitte Zypries zusammen mit der Europaabgeordneten Dagmar Roth-Behrendt und der Bundestagsabgeordneten Eva Högl den Frauentreff Olga. Diese unmittelbar am Straßenstrich der Kurfürstenstraße gelegene Beratungsstelle richtet sich an drogenabhängige Frauen und Prostituierte. 40 Prozent der Prostituierten stammen aus osteuropäischen Staaten, vor allem aus Polen, Tschechien, Bulgarien und Ungarn.

Das Leben der Frauen ist geprägt durch Gewalt, Ausbeutung und Obdachlosigkeit, viele von ihnen befinden sich in einer schlechten gesundheitlichen und psychischen Verfassung. Olga bietet ein umfassendes Angebot an Information, Beratung, Betreuung und Vermittlung. Bis zu 70 Frauen täglich nutzen dieses Angebot.

Neben dem Beratungsangebot soll Olga für die Prostituierten auch ein Rückzugsort sein, an dem sie vor Übergriffen von Freiern und Zuhältern sicher sind. „Ich bin sehr



Besuch im Frauentreff.

Foto: Büro Högl

beeindruckt von der Arbeit, die hier geleistet wird“, so Brigitte Zypries. „Gerade die Prostituierten, die Zuhälter haben und die sich also nicht nur gegen gewalttätige Freier, sondern auch gegen gewalttätige Zuhälter wehren müssen, brauchen solche Anlaufpunkte.“

Eva Högl unterstrich die exzellente Arbeit von Olga. Nur durch solch gute Vernetzung der verschiedenen Beratungsbereiche sei es überhaupt möglich, ein so effektives Hilfsangebot zu schaffen. Olga leiste einen entscheidenden Beitrag zur Stabilisierung des gesamten Kiezes. Vorbildlich sei auch das bürgerschaftliche Engagement, das

hier geleistet werde. „Wir brauchen Frauen und Männer, die sich in ihrer Freizeit ehrenamtlich für ein gutes Miteinander einsetzen“, so Eva Högl. „Diese Bürgerinnen und Bürger, die in ihrem Umfeld Verantwortung für sich und andere übernehmen, schaffen die Grundlage für eine starke und solidarische Gesellschaft.“

Die 48-jährige Gabriele Winz ist eine der sieben Ehrenamtlichen, die bei Olga tätig sind. Sie ist dort für die Essensausgabe zuständig. Außerdem verteilt sie Kondome und sterile Spritzen. „Die Weiterqualifizierung der ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist der Leitung des Frauentreffs ein besonderes Anliegen. Wir wollen, dass sie etwas mit auf den Weg bekommen“, sagt Michaela Klose, Leiterin von Olga. „Gleichzeitig tut es den Frauen unheimlich gut, mit den mitten im Leben stehenden Ehrenamtlichen Kontakt zu haben“, führt Klose weiter aus.

Der große Zuwachs an Frauen aus den osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten zeige, so Eva Högl, dass es sich bei dem Umgang mit der Prostitution nicht nur um ein rein nationales Thema handle. **A. v. Muldau** □

Projekte:

Für eine gerechte Welt

Marie-Schlei-Verein feiert 25jähriges Bestehen

Mit einem Festakt „Für eine gerechte Welt - Frauen und Entwicklung“ wird am morgigen Sonntag in Hamburg das 25jährige Bestehen des Marie-Schlei-Vereins begangen. In Berlin lädt die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen am 22. Juni zu einer Diskussionsveranstaltung „Frauen und Entwicklung“.

Der Marie-Schlei-Verein ist eine gemeinnützige Nichtregierungsorganisation, sein Ziel ist die Förderung von Frauenausbildungsprojekten in Afrika, Asien und Lateinamerika. Der Verein wurde 1984 gegründet und trägt den Namen Marie Schlei zur Erinnerung an die erste Ministerin für Entwicklungshilfe - heute das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Vorrangiges Ziel der Projektförderung ist die berufliche Ausbildung und Weiterbildung der Frauen. Gefördert werden auch Frauenausbildungszentren.

Der Verein hatte im Jahr 2008 fast 800 Mitglieder, die sich sowohl in Regionalgruppen als auch auf Bundesebene engagieren. In zahlreichen Veranstaltungen an verschiedenen Orten informiert der Verein über ökonomische und ökologische Zusammenhänge und globale Herausforderungen, über die aktive Teilhabe von Frauen an den Programmen der staatlichen Entwicklungsförderung und die Chancen für Frauen, die Globalisierung für sich zu nutzen. Der Marie-Schlei-Verein baut partnerschaftliche Beziehungen zu den Frauengruppen und Frauenorganisationen in den jeweiligen Ländern auf. Die gegenseitige Unterstützung und der gemeinsame Kampf gegen Armut und für den Abbau frauenfeindlicher Strukturen sind ein weltweites Anliegen.

Anlässlich des 25-jährigen Jubiläums des Marie-Schlei-Verein e.V. kommen am Montag fünf Frauen aus Vietnam, Jamaika und Tansania zu einer Diskussionsveranstaltung der ASF nach Berlin. Sie wurden in Projekten der Frauenstiftung ausgebildet oder engagieren sich in Frauenorganisationen vor Ort. Gemeinsam werden sie über

die Entwicklungs- und Frauenförderung in ihren Ländern und die praktische Entwicklungsarbeit des Marie-Schlei-Vereins vor Ort berichten.

➔ Diskussion „Frauen und Entwicklung“ am 22. Juni 2009, von 18 bis 20 Uhr im Erika-Heß-Saal, Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstraße 163, 13353 Berlin

➔ Kontakt zur Berliner Regionalgruppe über Catrin Becher-Gutschmidt, Telefon: 030 / 4000 87 65 oder per Mail: becher.gutschmidt@t-online.de aufgenommen werden.

Aktueller Spendenaufruf

„Mit Bildung gegen Armut - Bolivianische Quechua-Frauen lernen für ein besseres Leben“ ist der aktuelle Spendenaufruf des Marie-Schlei-Vereins.

Bolivien ist das ärmste und konfliktreichste Land Lateinamerikas. Im Distrikt San Lucas im Süden leben 80 % der 37000 Einwohner in extremer Armut, darunter viele allein stehende, verwitwete oder verlassene Mütter und Frauen des Quechua-Volkes. Die Frauen leben nicht nur am Existenzminimum, sondern stehen auch am unteren Ende der sozialen Hierarchie. Die Nicht-Regierungsorganisation ASMUDES will die Frauen darin unterstützen, sich aus Armut und Unterdrückung zu befreien. Zusammen mit ASMUDES möchte der Marie-Schlei-Verein ein einjähriges Trainingsprogramm durchführen, in dem die Frauen sich verbesserte Produktionsverfahren und Vermarktungsstrategien für den lokalen Markt aneignen. Gleichzeitig sollen sie sich in kleinen Unternehmen zusammenschließen, um die Herstellung und den Verkauf der Produkte effektiver und sicher zu organisieren und den Zusammenhalt der Frauen zu stärken. **Claudia Sucker** □

➔ Der Verein freut sich über jede Unterstützung und weitere Mitglieder. Spendenkonto: SPARDA Hamburg, BLZ 206 905 00, Konto: 602 035; Geschäftsstelle: Heinrich-Barth-Str. 1, 20146 Hamburg, Tel.: 040/4149 6992, www.marie-schlei-verein.de.

Azubi gesucht

Berliner SPD bietet wieder einen Ausbildungsplatz an

Zum 1. September 2009 bietet die Berliner SPD einen Ausbildungsplatz „Kauf-frau/Kaufmann für Bürokommunikation“.

Einstellungsvoraussetzungen: sehr guter mittlerer Schulabschluss, Fachhochschulreife oder Abitur, sehr gute Recht-

schreibkenntnisse, PC-Grundkenntnisse, Bereitschaft auch zu ungewöhnlichen Arbeitszeiten

➔ Bewerbungen bis zum 30.06.2009 bitte per Post mit Lebenslauf und Passfoto an SPD Landesverband Berlin, Frau Yvonne Opprower, Müllerstr. 163, 13353 Berlin

FRAKTION INTERN

Mehr Geld für Bezirke. Auf Antrag der rot-roten Koalition hat der Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses von Berlin beschlossen, die Finanzsituation der Bezirke für den kommenden Doppelhaushalt 2010/2011 unter Berücksichtigung der weiter notwendigen Haushaltskonsolidierung deutlich zu verbessern.

Danach werden die Bezirkszuweisungen im Umfang von rund 90 Millionen Euro pro Jahr erhöht. Dazu zählen zusätzliche Mittel für Personal. Die Leistungen der Bezirke, die Personal abgebaut haben, werden anerkannt.

Bei den Hilfen zur Erziehung werden künftig die tatsächlichen Fallzahlen für die Zuweisung zugrunde gelegt. Mit einem Altschulden-Moratorium werden hoch verschuldete Bezirke zwei Jahre lang von der Tilgung ihrer Schulden frei gestellt. Der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Stefan Zackenfels, betonte: "Ein guter Tag für die Bezirke".

Wassersport-Veranstaltung gut besucht. Rund 60 Vereinsvorsitzende und -mitglieder sind am 15. Juni zu einer Veranstaltung der SPD-Fraktion zum Thema Wassersport und Pachtgebühren gekommen. Die SPD-Sportexperten im Berliner Abgeordnetenhaus und im Deutschen Bundestag haben sich dafür eingesetzt, dass gemeinnützige Wassersportvereine auch künftig zu bezahlbaren Konditionen bundeseigene Wasserflächen nutzen können. Nach langjährigen und intensiven Verhandlungen zeichnet sich eine gute und unbürokratische Regelung ab, die unter dem Vorbehalt der Haushaltsberatungen des Bundestages ab 2010 gelten soll.

In einer Gesprächsrunde informierten Markus Pauzenberger, sportpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses; Robert Schaddach, Mitglied im Sportausschuss des Abgeordnetenhauses; Swen Schulz, Mitglied im Sportausschuss des Bundestages; Rolf Bähr vom LSB Berlin und Dr. Herbert Dierker von der Senatsverwaltung für Sport über die Regelung, die von den Anwesenden begrüßt wurde.

Erfolge bei Wirtschaftspolitik. Rot-Rot hat in den vergangenen Jahren die richtigen industriepolitischen Prioritäten gesetzt. Eine Aufwärtsbewegung bei der Berliner Industrie hat im Jahr 2006 begonnen, wie die vom Deutschen Gewerkschaftsbund beauftragte DIW-Studie zur Entwicklung der Berliner Industrie eindeutig zeigt, betont der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Frank Jahnke. „Der Senat und insbesondere der Regierende Bürgermeister haben Industriepolitik zur Chefsache gemacht und die SPD-Fraktion unterstützt diese Politik mit Nachdruck.“ **cs** □

Wahl:

„Noch zwei Schippen drauflegen“

Einschätzungen und Reaktionen nach der Europawahl

Franz Müntefering, SPD-Bundesvorsitzender: „Die Ergebnisse der Europawahl sind für uns enttäuschend. In ganz Europa haben sozialdemokratische Parteien verloren, teilweise zweistellig. Da gibt es keine Schönrederei. Es ist eine seltsame Situation: Die Ideen der Marktradikalen sind gescheitert. Die Finanzkrise zeigt, was mit ungezügelter Märkten passiert. Doch noch haben wir den Menschen nicht vermitteln können, wie wichtig es deshalb ist, für ein soziales Europa zu stimmen. Für ein Europa, das wirtschaftliche Interessen nicht über soziale Interessen stellt. Das haben wir auch an der Wahlbeteiligung gemerkt. Was nicht zu uns passt: Den Kopf jetzt in den Sand stecken. Unser Weg bleibt weiter: Eine verlässliche Politik, gerade mit unseren Ministerinnen und Ministern in der Bundesregierung.“

Bei den Kommunalwahlen konnten wir etwas Boden gutmachen. Gerade in den Ländern, in denen bald neue Ministerpräsidenten gewählt werden. Und ganz klar: Der Bundestagswahlkampf wird die Unterschiede stärker sichtbar machen. Noch glauben manche, mit Sowohl-als auch, ohne Entscheidung und ohne Tatkraft könne man Wahlkämpfe bestreiten. Aber da irren die sich.“

Michael Müller, SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzender: „Das Ergebnis ist eine große Enttäuschung für die Berliner SPD. Nach einem guten Wahlkampf haben wir gehofft, das Ergebnis von 2004 verbessern zu können. Um bei der Bundestagswahl wieder stärkste politische Kraft zu werden, haben wir in den kommenden Wochen noch einige Überzeugungsarbeit zu leisten.“

Klaus Wowereit, Regierender Bürgermeister von Berlin: „Das Ergebnis für die SPD ist nicht zufriedenstellend. Es ist enttäuschend, dass das sehr schwache Ergebnis von 2004 nicht verbessert werden konnte. Bedauerlich ist, dass nur ein Drittel der Berlinerinnen und Berliner von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht haben. Es muss noch mehr herausgearbeitet werden, was Europa konkret für Berlin bedeutet.“

Rüdiger Scholz, Landesgeschäftsführer der Berliner SPD: „Ein ähnliches Mobilisierungsdefizit wie jetzt bei der Europawahl werde es bei der Bundestagswahl nicht geben. Der SPD ist es am Wahltag nicht gelungen, ihr deutlich größeres Wählerpotenzial für die Europawahl zu mobilisieren. Bei der Bundestagswahl 2005 gaben über 637.000 Wählerinnen und Wähler in Berlin der SPD ihre Stimme. Am vergangenen Wahlsonntag waren es nur 161.000. Das ist



SPD-Stand in Lankwitz.

Foto: Ihlenburg

nur etwa jeder vierte potenzielle SPD Wähler in Berlin. Das heißt im Umkehrschluss: Das Potenzial ist da! Wir müssen es allerdings besser ausschöpfen.“

Fritz Felgentreu, Bundestagskandidat in Neukölln: „Es wird immer offensichtlicher, dass unser Europa zwei Seiten hat: Zunächst ist da das gefühlte, das gelebte Europa, dem die meisten Menschen verbunden sind, oft ohne dass man sich dessen täglich bewusst wird. Die andere Seite ist das Europa der Institutionen der EU. Leider entwickeln sich beide Seiten derzeit immer mehr auseinander.“

Wer zurückschaut, wie unser Kontinent 1945 und selbst noch 1989 ausgesehen hat, der muss zugeben: Die europäische Idee ist so sehr zur Realität geworden, wie man sich das vor Jahrzehnten kaum hätte vorstellen können. Vor allem die jüngeren Generationen scheren sich heute kaum noch um nationale Grenzen.

Das Studium oder die Karriere im europäischen Ausland sind zur Selbstverständlichkeit geworden. Halb Europa zahlt ebenso selbstverständlich mit derselben Währung, so dass uns Wechselstuben wie ein Relikt aus einer längst vergessenen Zeit vorkommen. Täglich leben also zahllose Europäerinnen und Europäer die „Idee Europa“. Aber gleichzeitig gibt es auch noch das andere Europa. Das Europa der Milchquote und der normierten Länge von Freilandgurken. Das Europa der Vorschriften und Verbote, das Europa der Überregulierung und der Subventionen. Es ist dieses Europa, das sich jederzeit leicht kritisieren lässt und das deshalb auch immer wieder kritisiert wird - nicht nur vor einer Europawahl. Dabei laufen Populisten aus der rechten und der linken Ecke zu Hochform auf. In nahezu jedem Land Europas gibt es die Lafontaines und die Wilders, die Kaczynskis und die Strachers.

Allen ist eines gemeinsam: Sie lehnen ein vertieftes Europa ab, haben aber selbst keine bessere Idee vom Zusammenleben

auf unserem Kontinent. Das Europa der Institutionen mit seinen vielen Unzulänglichkeiten ist leicht zu kritisieren oder abzulehnen. Gleichzeitig kann man sich dabei seinen Wählern trefflich als Volksheld präsentieren. Dazu gehört nicht viel Mut.

Was sie nicht sehen: Das eine - das gefühlte und gelebte - Europa wäre ohne das andere - das Europa der Institutionen - nie entstanden. Das vergessen die europakritischen Populisten - oder sie verschweigen es ganz bewusst. Wenn ich mir aber die Wahlbeteiligung bei der heutigen Europawahl anschau, dann wird mir klar, dass die Bedeutung der beiden Europa auch bei vielen Wählerinnen und Wählern nicht angekommen ist.

Daher heißt mein Fazit nach dieser Wahl: Die Politikerinnen und Politiker - gerade auch wir von der SPD - müssen noch viel mehr tun, damit klar wird, wie Europa unser Leben prägt. Vor allem müssen wir uns denen stellen, die von den europäischen Freiheiten täglich profitieren und gleichzeitig die europäischen Pflichten täglich kritisieren. Denn zu argumentieren, dass das eine ohne das andere nicht geht, und dafür zu kämpfen, dass beide Seiten derselben Medaille als ein Ganzes begriffen werden, dazu gehören echter Mut und große Beharrlichkeit.

Kajo Wasserhövel, SPD-Bundesgeschäftsführer und Bundestagskandidat in Treptow-Köpenick: „Das Europawahlergebnis ist enttäuschend. Keine Frage. Vor allem in den entscheidenden letzten Tagen ist es uns nicht gelungen, ausreichend für diese wichtige Richtungswahl zu mobilisieren. Die niedrige Wahlbeteiligung zeigt, dass viele Menschen die Bedeutung des sozialen Europas für ihr eigenes Leben noch nicht erkannt haben. Das hat ohne Zweifel der Union geholfen, obwohl sie rund sechs Prozent gegenüber 2004 verloren hat.“

Richtig bleibt: Inhaltlich wie personell waren wir sehr gut auf die Europawahl vorbereitet. Das Projekt, Europa sozialer zu gestalten, bleibt auf der Tagesordnung. Wir werden weiter dafür kämpfen mit Martin Schulz an der Spitze. Jetzt geht es darum, für den anstehenden Bundestagswahlkampf und die Landtagswahlkämpfe noch zwei Schippen draufzulegen. Wichtig ist, dass am 27. September so viele Menschen wie möglich zur Wahl gehen und entscheiden. Bei der Bundestagswahl ist die Wahlbeteiligung fast doppelt so hoch wie bei der Europawahl. Es wird uns gelingen, deutlich zu machen, dass die schwarz-gelbe Ideologie ungezügelter Märkte kein Konzept für die Zukunft ist.“ □

Dokumentation:

„Stärker und solidarischer“

Auszüge aus der Rede von Frank-Walter Steinmeier auf dem SPD-Bundesparteitag

„Wir wollen dieses Land stärker und solidarischer machen“, lautete die Botschaft von SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier auf dem Bundesparteitag der SPD am vergangenen Sonntag in Berlin. Die BERLINER STIMME dokumentiert Auszüge aus seiner Rede.

Europawahl ist das eine, Bundestagswahl ist was anderes. Nichts ist entschieden für den 27. September. Das Ding ist offen. Wir werden es offen halten und am Ende gewinnen. Ich sehe keinen Grund, mir und uns kleinere Ziele zu stecken. Wir wollen und werden auch im neuen Jahrzehnt die Richtlinien der deutschen Politik bestimmen.

Wir verabschieden auf diesem Parteitag unser Programm für die nächsten Jahre. Ein Programm mit klarer Kante, das den Kurs vorgibt ins nächste Jahrzehnt. Die Union, die hat bis heute kein Programm. Nicht einmal einen Entwurf. Und das zeigt, wofür die Union und ihre Vorsitzenden stehen. Ihr Motto lautet: Abwarten, Abgucken, Draufsetzen.

WAS WÄRE DEUTSCHLAND OHNE UNS?

Alles, was Deutschland in den letzten Jahren vorangebracht hat, alles was dieses Land vor der Krise gestärkt und in der Krise zusammengehalten hat, kam von uns.

Investitionen in Bildung, Schulen, Kindergärten, Universitäten, Straßen, Infrastruktur - wer ist darauf gekommen? Die SPD. Der Kinderbonus und das Schulstartpaket - wer hat es vorgeschlagen und umgesetzt? Die SPD. Die Umweltprämie für Autos, ein Erfolgsmodell, das weltweit kopiert wird - wer hat's erfunden? Die SPD! Die Begrenzung der Managergehälter - wer hat sich's ausgedacht? Wer hat's durchgesetzt? Die SPD! Die Investoren für Opel - wer hat sie gesucht und gebracht? Die SPD! Ohne uns sähe das Land heute anders aus. Leute, wenn wir das nicht sagen, sagt das keiner. Sagt es laut, sagt es täglich, sagt es überall. Sagt es mit Stolz. Dann werden wir auch andere überzeugen. Ohne uns wäre Deutschland nicht so gut aufgestellt, nicht so zuversichtlich.

Bei Richtungswahlen geht es um Richtungsfragen und Richtungsthemen. Das ist nicht abstrakt, das ist sehr konkret. Vielleicht haben wir uns in den letzten Wochen zuviel auf das Krisenmanagement konzentriert, die Richtungsfragen und die Richtungsthemen nicht genügend klar, nachvollziehbar und eindeutig benannt!



Frank-Walter Steinmeier.

Foto: Horb

Aber: Wenn das so ist, dann holen wir das heute nach! Was sind die Richtungsfragen?

Erstens: Es geht um Arbeit statt Abbruch. Eines muss klar sein: Was jetzt in der Krise weg bricht, vor allem in der Industrie, das wird nach der Krise verloren sein. Wir brauchen Brücken über die Krise hinweg, wo immer sinnvoll und verantwortbar. Das ist das Gebot der Stunde! Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer und der Staat kann und darf nicht überall helfen. Helmut Schmidt hat Recht wenn er sagt: Politik darf nicht mehr versprechen als sie halten kann. Aber das Prinzip gilt: Arbeit ist besser als Insolvenz, und dazu stehen wir.

Zweite Richtungsfrage: Es geht um nachhaltige Industriepolitik, die gestaltet, statt ordnungspolitische Lehrbuchweisheiten. Volkswirtschaften wie die deutsche können nicht überleben, wenn wir uns nur gegenseitig die Haare schneiden. Wir brauchen Dienstleistungen. Wir brauchen sogar mehr Dienstleistungen. Ja. Aber in Großbritannien kann man gerade sehen, wohin das führt, wenn man allein auf Dienstleistungen und den Finanzsektor setzt. Dort gibt es faktisch keine Industrie mehr.

Bei uns werden noch reale Werte geschaffen. Mit hochqualifizierten Arbeitnehmern, Ingenieuren und Entwicklern. Das ist unser Pfund. Wir erwirtschaften immer noch ein Drittel unseres Wohlstandes mit industrieller Produktion. Heute schon sind wir Weltmarktführer bei den Umwelttechnologien. Ihr Anteil am Welthandel wird sich in den nächsten zehn Jahren verdreifachen. 2020 werden grüne Technologien einer der größten Wirtschaftszweige in Deutschland sein. Aber: Wir sollten uns davor hüten, die Umwelttechnologie gegen die klassischen Industriezweige im Bereich der Stahl-, der Chemie-, Automobilindustrie und des Maschinenbaus auszuspielen!

Wachstum und Arbeit entstehen, wo beides zusammenkommt.

Dritte Richtungsfrage: Es geht um soziale Gerechtigkeit oder marktradikale Ideologie. Die Ideologie der Marktradikalen ist krachend gescheitert. In weiten Teilen der Wirtschaft galten nicht mehr die Prinzipien von Verantwortung und von Vernunft, sondern Maßlosigkeit und Gier. Die Jagd nach Maximalrenditen hat nicht nur die Wirtschaft verändert, sie hat die Grundfesten unserer Gesellschaft erschüttert. Das alles hat ins Desaster geführt. Der Markt ohne Grenzen und Regeln frisst am Ende seine eigenen Kinder. Das hat keine Zukunft. Wir brauchen die Alternative.

Und nur mit uns bleibt der Sozialstaat intakt! Das müssen wir den Bürgerinnen und Bürgern klar und deutlich sagen. Und ihnen deutlich machen, was ihnen mit Schwarz-Gelb blüht! Wer jetzt massenhaft Steuern senken will, stellt unseren Sozialstaat grundlegend in Frage. Ohne einen handlungsfähigen Staat werden wir die Krise und ihre Folgen nicht bewältigen können.

Vierte Richtungsfrage: Es geht um die Entscheidung, ob Deutschland eine sichere, erneuerbare Energiezukunft haben soll oder ob die Energiewende rückgängig gemacht wird. Was wir wollen ist klar: Wir wollen eine moderne Energieversorgung. Mit mehr Energieeffizienz, mehr erneuerbaren Energien und hocheffizienten fossilen Kraftwerken.

Das schafft neue Arbeitsplätze, das macht uns weniger abhängig von Energieimporten. Und mit dieser Politik entwickeln wir Leitmärkte und Leittechnologien für das 21. Jahrhundert.

Fünfte Richtungsfrage: Es geht um Teilhabe und Chancen für viele statt Privilegien für wenige. Angefangen bei der Bildungsfrage. Die Bildungsfrage, das wussten schon die Gründer der deutschen Sozialdemokratie, ist eine Machtfrage. Nur wer gleichberechtigt teilnehmen kann, kann auch mitgestalten. Und wir stehen für Teilhabe. Wer diese Chance nicht hat, der muss draußen bleiben. Das ist das Prinzip der anderen: Chancen für wenige. Ein Prinzip, das die Sozialdemokratie immer bekämpft hat und weiter bekämpfen wird.

Sagt es allen: Am 27. September stehen zwei Richtungen zur Wahl. Unsere Richtung oder die Richtung von Schwarz-Gelb. Es ist wichtiger als je zuvor: Schwarz-Gelb darf keine Mehrheit erhalten, weil die Ideologie, die uns in die Krise geführt hat, sicherlich nicht die Antwort auf die Krise sein kann. □

Diskussion:

Ein sozialdemokratisches Thema?

Die SPD Tempelhof-Schöneberg diskutierte über Grundeinkommen und gute Arbeit

Mit der Frage „Grundeinkommen und gute Arbeit, ein sozialdemokratisches Thema?“ lud die SPD Tempelhof-Schöneberg zu einer Diskussion am 9. Juni 2009 ins Rathaus Schöneberg ein, die der stellvertretende Kreisvorsitzende Ingo Siebert moderierte. Nicht nur aus der SPD kamen mehr als 120 Interessierte und diskutierten mit Prof. Dr. Wolfgang Engler, der unter anderem mit dem Buch „Bürger ohne Arbeit“ zu dem Thema publizierte, und Björn Böhning, Mitglied des SPD-Bundesvorstandes.

Günter Sölken vom Netzwerk Grundeinkommen stellte das Konzept eines bedingungslosen Grundeinkommens vor. Er freue sich, dass das Thema nun auch in der SPD diskutiert werde, die bislang ausschließlich gute Arbeit für alle fordere. Was aber ist gute Arbeit? Die Rüstungsindustrie zähle für ihn jedenfalls nicht dazu. Demgegenüber würden viele gesellschaftlich wichtige Tätigkeiten nicht bezahlt. Ein Bedingungsloses Grundeinkommen solle die Freiheit dafür schaffen, auch solche „Arbeit“ zu leisten. Auch zur Arbeitszeitverkürzung und zur innerbetrieblichen Demokratie leiste das Bedingungslose Grundeinkommen einen wichtigen Beitrag, denn man könne dem Chef Contra geben, wenn die eigene Existenz nicht davon abhängt.

Die Finanzierung müsse über Steuern erfolgen und werde zum Teil auch durch Wegfall anderer Transferleistungen finanziert. Anstatt in alte Industrien zu investieren, wäre schon jetzt ein Bedingungsloses Grundeinkommen das bessere Konjunkturprogramm.



Diskussion im Rathaus Schöneberg. Foto: Susanne De Roos

Björn Böhning konnte sich nicht mit dem Bedingungslosen Grundeinkommen anfreunden. Er wünsche sich eine Emanzipation in und nicht aus der Arbeit. Daher sei Vollbeschäftigung nach wie vor das Ziel eines starken Sozialstaates. Er sehe die Gefahr, dass man sich nach Einführung eines Grundeinkommens mit der Arbeitslosigkeit abfinden werde. Der Gesellschaft gehe die Arbeit nicht aus, sondern sie entstehe etwa in den Umwelttechnologien und der Kreativwirtschaft neu. Jeder müsse von seiner Arbeit leben können. Dafür müsse aktive Arbeitsmarktpolitik betrieben, Mindestlöhne eingeführt und für Weiterbildung gesorgt werden. Er unterstütze daher die Erhöhung der Leistungen des Arbeitslosengeldes und die Einführung einer Kindergrundsicherung.

Auch nach Wolfgang Englers Ansicht geht die Arbeit nicht aus. Arbeit sei aber Mittel und nicht Zweck. Das Bedingungslose Grundeinkommen sei ein kühner Versuch, den Blick vom Arbeiter auf den dahinter stehenden Menschen zu richten. Erste Schritte zu einem Grundeinkommen

wären für ihn, die Freiheitsberaubung zu beenden und Hartz IV zu „entgiften“. Das wichtigste Argument für ein Bedingungsloses Grundeinkommen sei das Recht zu existieren ohne Betteln zu müssen. Der Mensch müsse allerdings auch etwas mit sich anfangen können. Daher seien Bildung und Bedingungsloses Grundeinkommen untrennbar mit einander verbunden.

Die Diskussionsbeiträge aus dem Publikum zeigten, dass manche sich schon an diesem Abend davon überzeugt hatten, dass die Idee eines Grundeinkommens nicht die Abschaffung, sondern die Weiterentwicklung des Sozialstaates im Blick hat und sogar notwendig ist, um zu guter Arbeit zu gelangen. Die positiven Auswirkungen auf die Chancengleichheit der Frauen, die einen Großteil der unbezahlten und damit unterbewerteten Arbeit leisten, wären damit viel größer, als das in der Debatte um das Grundeinkommen bislang wahrgenommen wird.

Günter Sölken stellte fest, dass die Diskussion bislang viel zu konfrontativ verlief und wünschte sich einen besseren Austausch zwischen der Bürgerbewegung zum Grundeinkommen und der Politik. Nur so könne man voneinander lernen.

Vielleicht ist mit der Veranstaltung der Anfang für einen fruchtbaren Austausch zwischen den Bürgern und der SPD gemacht. Günter Schwarz, Mitglied der SPD-Abteilung City, hat lange auf diese Diskussionsveranstaltung hingearbeitet und bereits einen Termin für eine erste Sitzung einer Arbeitsgruppe „Grundeinkommen“ in der SPD Tempelhof-Schöneberg gefunden.

Andreas Nürnberger □

NOTIZEN AUS DER SPD

Kulturforum Nordost. „Von Kunst leben“ ist erneut zentrales Thema des Kulturforum Berlin Nordost e.V. Dazu findet am Donnerstag, dem 25. Juni um 17.00 Uhr ein Besuch der Ateliergemeinschaft Milchhof e.V. in der Schwedter Straße 132-134, Mitte/Prenzlauer Berg (zwischen Eberswalder Straße und Kastanienallee, Trams M10, 12, 1, Nähe U2-Bhf Eberswalder Straße) statt. Mit dem Besuch dieser großen Ateliergemeinschaft will das Kulturforum Nordost die Künstler/innen selbst mit ihrem Schaffen, die materiellen Grundlagen ihrer Arbeit, ihre Organisationsform, Vernetzung und ihren Initiativen zur Selbstvermarktung kennenlernen. Als Gesprächspartner stehen Manfred Fuchs, Ma-

ler und Geschäftsführer des Milchhof e. V., Doris Knöfel, Kunsthistorikerin und Marketingverantwortliche sowie die dann anwesenden Künstler/innen zur Verfügung.

Jusos laden ins Kino. Im Rahmen ihrer Kampagne „ungerecht ist arm“ gegen Kinder- und Jugendarmut laden die Berliner Jusos am Donnerstag, 25. Juni, um 19 Uhr zu einem Kinobesuch mit anschließender Diskussion in der Kurbel (Giesebrechtstr. 4, 10629 Berlin). Gezeigt wird der Film „IN BERLIN“ von Michael Ballhaus und Ciro Cappella. Der Film ist das Regie-Debüt des wohl bekanntesten Kameramanns von Hollywood. Der Eintritt ist frei. Anmeldungen bis zum 22. Juni an eike.bruns@spd.de

Lesung mit Heli Ihlefeld. Die bekannte

politische Journalistin Heli Ihlefeld liest am Dienstag, 23. Juni 2009 im Rathaus Schöneberg aus ihren Erinnerungen „Auf Augenhöhe - Wie Frauen begannen, die Welt zu verändern“. Zur Lesung ins Casino des Rathauses lädt die SPD Schöneberg ein. Der Eintritt ist frei. Beginn ist um 19 Uhr. Heli Ihlefeld interviewte als politische Journalistin in den Gründerjahren der Bundesrepublik die Politgrößen der Zeit: Carlo Schmid, Gustav Heinemann, Walter Scheel, Willy Brandt, Helmut Schmidt und viele andere. Mit ihren intimen Porträts gelang ihr ein menschlicher Blick hinter die Bonner Kulissen. In der Wählerinitiative von Günter Grass warb Heli Ihlefeld für einen Bundeskanzler Willy Brandt. **BS** □

Europawahl:

Die SPD als Think-Tank

Robert Drewnicki: Der Weg zu einem Masterplan gegen die bevorstehende Krise in Berlin

Die Europawahlen haben uns unlängst gezeigt, wie schwierig es gerade auch in Berlin ist, unsere Wählerklientel zu mobilisieren und Mehrheiten zu gewinnen. Wir schaffen es nicht, unsere Politik glaubhaft zu vermitteln und den Bürgerinnen und Bürgern deutlich zu machen, mit welchem nachhaltigen und sozialdemokratischen Konzept wir der Krise begegnen wollen.

Was also kann die Berliner SPD als Partei tun, um wieder Mehrheiten zu gewinnen?

Die SPD könnte einen Masterplan für sozialdemokratische Politik in der Krise entwickeln, nicht mehr und nicht weniger. Und sie muss dieses erkennbar sozialdemokratische Konzept den Bürgerinnen und Bürgern vermitteln.

Zurzeit befinden wir uns noch in einem merkwürdigen Stadium zwischen ehemaliger Spar- und Konsolidierungspolitik, ehemaliger Konjunktur, Konjunkturpaketen und bevorstehendem Sparzwang.

Zurzeit scheinen wir im Zeichen des Konjunkturpaketes noch Gestaltungsspielräume zu haben und können fortführen, womit wir in Zeiten der echten Konjunktur begonnen haben.

Das dürfte sich bald ändern und die politischen Gestaltungsspielräume dürften wieder schrumpfen. 100-Schulen-Programme, die Rückkehr der Lernmittelfreiheit, staatliche Arbeitsprogramme, kein Umzugszwang für ALG II-Empfänger, Etataufstockungen für Bezirkshaushalte u. v. m. - alles dringende Probleme, deren Lösung in greifbarer Nähe schien. Diese und viele andere politische Initiativen des rot-roten Senats werden schnell auf dem Prüfstand stehen. Und die Prüfung wird - kaufmännisch betrachtet - kurz ausfallen. Ergebnis: kein Geld. Mit welchem politischen Konzept werden wir unter diesen Vorzeichen in die kommenden Wahlkämpfe gehen?

ERKLÄRUNGSNOT DURCH MILLIARDENBÜRGCHAFTEN?

Die Ausgangslage ist schwieriger denn je. Wie soll man erklären, dass in Zeiten der milliardenschweren Unternehmenshilfen und Bürgschaften, von denen die Menschen täglich in den Zeitungen lesen, nicht das Geld aufzubringen ist, um Sozialpolitik zu finanzieren, mehr LehrerInnen und ErzieherInnen einzustellen oder einfach nur konkurrenzfähige Löhne im Bildungsbereich zu zahlen? Was wird nach dem Auslaufen des Solidarpaktes noch möglich sein?

Und: Kann das Land den Bezirken das

Mehr an Geld zuweisen, dass sie dringend brauchen, um ihre (und die immer neu zukommenden) Aufgaben weiter in dem gewohnten Umfang zu erfüllen und über die reinen Verwaltungsausgaben hinausgehend politisch handlungsfähig zu bleiben.

Schon jetzt sind in Diskussionen offen oder unterschwellig die an Schärfe gewinnenden Verteilungskämpfe zwischen den verschiedenen Akteuren zu registrieren. Denn auch wenn wir gemeinsam sagen, dass die Bildungspolitik für uns Priorität hat, heißt das nicht, dass die Akteure der anderen Politikfelder zurückstehen wollen.

Ein Ausdruck der notwendigen Umverteilung ist der von der SPD beschlossene bezirkliche Wertausgleich. Er ist sozialdemokratisch gesehen richtig und spiegelt letztendlich nur das wider, was wir aus der bundesdeutschen Gesamtwirklichkeit als Verpflichtung zur Schaffung gleicher Lebensbedingungen in ganz Deutschland kennen.

Aber, wenn wir den bezirklichen Wertausgleich ernst nehmen und ihm ein politisches Überleben ermöglichen wollen, dann müssen wir ihn konzeptionell in eine sozialdemokratische Gesamtstrategie für die Stadt einbetten.

POLITIKKONZEPTE STATT VERTEILUNGSKÄMPFE

Wir müssen einen Weg finden, die drohenden Auseinandersetzungen um das verbleibende Geld in ein koordiniertes Gesamtkonzept zu bündeln - an den Interessen der Stadt und natürlich auch unserer (potenziellen) Wählerinnen und Wähler orientiert. Und es muss eins deutlich werden: Die SPD steht für eine Politik des sozialen Ausgleichs und der Solidarität - also im besten Sinne für ein sozialdemokratisches Berlin.

Hier kann der SPD als Partei eine wichtige Rolle zukommen, die sie aber ergreifen und vor allem selbst wollen muss. In den Gremien der Partei, im Landesvorstand und in den Kreisvorständen, in den Abteilungen und auf den Kreisdelegiertenversammlungen sowie beim Landesparteitag sitzen Landes-, Bezirks-, Bundespolitiker und ehrenamtliche SPD-BürgerInnen gemeinsam an einem Tisch.

Diese Chance der gemischten Parteigremien sollte genutzt werden. Und zwar nicht, indem sich Landes- und Bezirkspolitiker gegenseitig Vorwürfe machen und nur um das Beste für ihre jeweilige politische Ebene kämpfen, sondern indem in der

Berliner SPD ein geschlossenes Politikkonzept entwickelt wird, das von den Akteuren in den Senat, das Abgeordnetenhaus und die Bezirksarbeit als Lösungsansatz eingebracht wird.

MITEINANDER STATT GEGENEIN-ANDER

Eine integriertes sozialdemokratisches Politikkonzept für die verschiedenen Politikfelder, das Land und die Bezirke zu entwickeln und mit diesem sozialdemokratischen Konzept Berlin und die Bezirke zukunftsfähig zu gestalten, bietet die Möglichkeit, auf unsere Wählerinnen und Wähler zuzugehen und sie zu mobilisieren.

Um bei dem Beispiel Bezirke zu bleiben: Am Ende wird vermutlich auch die Schließung von Bibliotheken, Jugendheimen oder Musikschulen auf der bezirklichen Agenda stehen. Aber wir müssen als Sozialdemokraten gemeinsam politisch entscheiden, welche Versorgung wo dringend gebraucht wird oder wie man sich durch intelligente Lösungen über die Bezirke hinausgehend räumliche Nähen oder moderne Informationstechniken nutzbar machen kann.

Berlinweit denken und abgestimmt bis in die Kieze handeln gilt hier im Verhältnis Land-Bezirk. Nur wenn die Bürgerinnen und Bürger das Gefühl haben, in einem Bezirk und einer Stadt zu leben, wo den anstehenden Problemen ein aufeinander abgestimmter Plan entgegengesetzt wird, kann SPD-Politik sie überzeugen.

Praktisch bedeutet das: Kommunal- und Landespolitiker, Bundestagsabgeordnete und „einfache“ Sozialdemokraten müssen sich zu einem SPD Think Tank zusammenfinden, ihre Probleme auf den Tisch legen und Strukturen finden, in denen sie ein integriertes sozialdemokratisches Politikkonzept entwickeln.

Am Ende des Prozesses steht ein zukunftsfähiger Masterplan, mit dem wir Berlin mit sozialdemokratischer Politik fit für die bevorstehenden langen Jahre knapper Kassen machen.

Abschließend müssen wir den Menschen gemeinsam erklären, warum wir welche Entscheidung treffen müssen und in welchem Gesamtplan sie für ein zukunftsfähiges, soziales und solidarisches Berlin stehen. Sie werden das honorieren und uns bei den anstehenden Wahlen wieder vermehrt ihre Stimme geben. Das wäre einige Anstrengung wert.

Robert Drewnicki, Abteilungsvorsitzender SPD Neu-Westend □

Zum Beispiel:

Sozialdemokratische Identität verteidigen

Harold Hurwitz und die SPD in der Nachkriegszeit

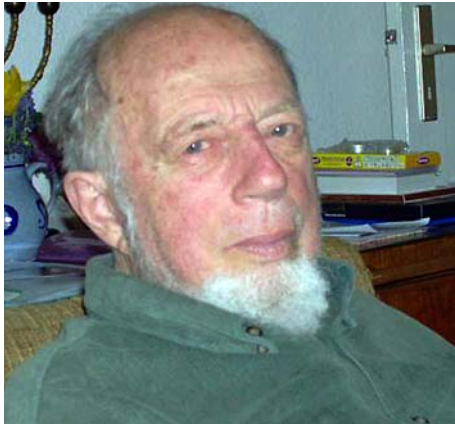
Harold Hurwitz ist ein Weggefährte Willy Brandts, ein politischer Wissenschaftler und ein unglaublich sensibler, feinfühligler Mann. Mit ihm zu reden, ihm zuzuhören ist faszinierend. Seine Sprache lässt in keinem Moment die wissenschaftliche Präzision des Soziologen vermissen, der er ist.

Dass Harold Amerikaner ist, hört man auch nach 63 Jahren noch sehr deutlich. Er will auch, dass es zu hören ist, denn ein Thema seines Lebens ist seine Identität, die Suche danach, das Finden, das Festhalten an ihr, ebenso wie ihre Paradoxien.

Natürlich gibt es darüber hinaus noch mehr: die Politik. In den USA, an der Columbia University, studiert Harold Soziologie. Seine Doktorarbeit will er über die Bayerische Revolution von 1918-19 schreiben. Das führt ihn schließlich im November 1946 nach Deutschland. „In München wollte ich am Beispiel der Bayerischen Revolution erforschen, weshalb Deutschland ein Land war, in dem autoritäre Strukturen stets über freiheitliche Bewegungen siegten“, erzählt der heute fünfundachtzigjährige lächelnd.

Harold kommt nicht dazu, denn statt nach München, geht er über ein amerikanisches Programm ins Nachkriegsdeutschland und arbeitet als Zivilangestellter bei der US-Militärregierung in Berlin. „Es war die einzige Möglichkeit, länger in Deutschland zu sein“, sagt Harold. „Nach der Niederlage des Dritten Reiches erschien es mir wichtig, die politischen Chancen der deutschen Sozialdemokratie zu erkunden.“ Zuvor hat Harold ein halbes Jahr in New York die Young People's Socialist League geleitet.

Harold Hurwitz setzt sich mit der Ambivalenz menschlichen Verhaltens auseinander, mit der Widersprüchlichkeit und Selbsttäuschung, denen Menschen unterliegen. Sein Ansatz ist oftmals wissenschaftlicher Natur. Getrieben von dem Wunsch, zu verstehen und einzuordnen, was er sieht, denkt und erlebt, sucht er in der sachlichen Sprache der Wissenschaft Sicherheit, um nicht beweisbare Verhaltensweisen von Menschen einzuordnen; ihnen ihre Unberechenbarkeit zu nehmen. Dabei hat er gelernt vorsichtig mit Urteilen zu sein. In Berlin will er an den Menschen, nicht von der Wissenschaft lernen. „Ich musste begreifen, dass die politischen Motive der Sozialdemokraten bescheidener waren, als ich gehofft hatte“, sagt er. „Ihr Abwehrkampf gegen stalinistische Gleichschaltung war weniger von revolutionärem Elan als von dem Grundbedürf-



Harold Hurwitz.

Foto: Grit Giebelhausen

nis geprägt, ihre sozialdemokratische Identität zu verteidigen.“

Identität; sein ewiges Thema. Als Jude unter Yankee's in New England, als Jude im Nachkriegsdeutschland, als Amerikaner in Deutschland und als Sozialdemokrat in politischer Isolation. Sozialist ist Harold schon als Jugendlicher geworden, „eigentlich wegen Victor Hugos Romanen und dem Spanischen Bürgerkrieg“, meint er. „Marx war weniger meine Motivation als das Gefühl, dass in Europa für mich der Kampf um das Schicksal der Menschheit bereits ausgebrochen zu sein schien.“

Er ist 1924 geboren, in der Phase der Depression, kurz vor der Weltwirtschaftskrise mit dem legendären schwarzen Freitag. In Deutschland hofft Harold dann auf die sozialdemokratische Revolution im Westen. Diese Hoffnung wird zwar enttäuscht, aber er bleibt trotzdem.

ERNST TOLLER WECKTE DAS INTERESSE AN DEUTSCHLAND

Ursprünglich hatte Harold zum Theater gewollt. Ernst Toller, der Pazifist, „dessen Dilemma, das darin bestand, dass er erkannte, dass Hitler nur mit militärischen Mitteln zu stoppen war, beeindruckte mich tief. Dies Dilemma führte schließlich 1939 zu seinem tragischen Selbstmord“, erzählt Harold. Er fühlt sich durch ihn ermutigt, Theater zu spielen. Ende der dreißiger Jahre wird seine Gruppe, das „Group Theatre“, jedoch aufgelöst. Was bleibt, ist die Begeisterung für die bayerische Revolution, die deutsche Geschichte und die Stücke von Toller.

FREUNDSCHAFT MIT WILLY BRANDT

Als er ankam, hatte er durch seine Arbeit in der „Socialist Partie“ eine Liste mit Na-

men in Berlin, die er nach und nach aufsuchte. Ihn interessierte, wie die Deutschen waren, wie die Politik in einem von Alliierten besetzten Land weitergehen würde. Er wollte wissen, ob der Kommunismus die Sozialdemokraten verschlingen würde und es nur noch eine Partei geben würde. Für die Frage der Gleichschaltung wird er im Laufe der Zeit zum Experten.

Harold Hurwitz war ein Suchender in einem fremden, für ihn faszinierenden Land. Was er fand war Freundschaft, Liebe und eine politische Heimat. Auch und gerade durch Weggefährten wie Willy Brandt und Richard Löwenthal.

Willy Brandt lernt er 1947 kennen. Mit ihm verbindet ihn vor allem die verlorene Identität und Isolation. Brandt durch die nationalsozialistische Herrschaft gezwungen, Deutschland zu verlassen und seine Identität als Herbert Ernst Karl Frahm abzulegen. Frahm war Deutscher, den die Nazis zum Staatenlosen erklärten. Aus Herbert Frahm wurde Willy Brandt, der in Norwegen lebte, norwegisch sprach und schrieb. Harold sagt: „Willy Brandt musste als Wiedereingebürgerter mit der Verachtung der politischen Rechten fertig werden, weil er eine norwegische Uniform getragen hatte. Er verstand meine Identitätsprobleme.“

Der Tot Ernst Reuters bringt die drei eng zusammen. Brandt und Löwenthal sollen eine Biografie über Reuter schreiben und sie laden Harold, den Forscher, ein, mit ihnen zusammen zu arbeiten. Diese Zeit prägt ihre Freundschaft und sie lernen viel über Reuter und sich selbst.

Als Brandts Karriere immer steiler wird, ist Harold nicht nur sein Freund, sondern politischer Berater zugleich. „Wir haben lange Spaziergänge gemacht“, sagt er. „Nur Willy und ich. Unsere Frauen waren auch miteinander befreundet und es war selbstverständlich, dass wir zusammen in den Urlaub nach Dänemark fuhren. Meine Karriere als politikberatender Forscher“, so Hurwitz weiter, „neigte sich dem Ende zu, als Willy Brandt und Egon Bahr im Dezember 1966 Berlin verließen, um in Bonn die Entspannungspolitik in Angriff zu nehmen.“ Die räumliche Nähe wird zwar aufgehoben, nicht aber ihre innere Verbundenheit.

Grete, seine spätere Frau lernt er im Dezember 1946 kennen. Durch sie erfährt er mehr von dem Deutschland der Nazizeit und anderes. Durch sie beginnt er zu verstehen wie die Regimegegner unter Hitler zurecht kamen. Margarete öffnet Harold ei-

Fortsetzung Seite 13

Fortsetzung von Seite 12

ne Tür und zeigt ihm, wie das Doppelleben einer sozialdemokratischen Familie im Nationalsozialismus aussah. Für ihn ist das hochinteressant.

Harold hatte immer gedacht, eines Tages wieder nach Hause zu gehen, aber Berlin und Deutschland waren für ihn so spannend, die politische Entwicklung so inter-

essant und faszinierend, dass er sich nicht entschließen konnte, das Land zu verlassen. Vor sehr kurzer Zeit ist Grete verstorben und was die Zukunft bringt, kann Harold jetzt noch nicht so genau sagen, aber er hat Pläne. Er ist dabei, eine Biografie über Robert Havemann zu schreiben; hat diese Arbeit jedoch durch Gretes Erkrankung etwas vernachlässigt. „Ich werde jetzt

wieder weiter an dem Buch arbeiten“, sagt Harold. „Und ich werde zweimal im Jahr nach Amerika reisen, auch um dort zu arbeiten.“ Harold Hurwitz fügt lächelnd hinzu: „Niemand weiß, was passieren wird, aber ich habe zwei Gräber in Berlin gekauft und sie befinden sich ganz in der Nähe meiner politischen Mishpoke.“

Grit Giebelhausen □

SDP-Gründung

Die Kasse im Schuhkarton

Rainer Papke über seinen Eintritt in die SDP Pankow

Ende 1989 und Anfang 1990 suchte man in Pankow in der Öffentlichkeit vergeblich nach einer Anlaufstelle der SDP. Die wenigen Genossen, die es zu jener Zeit erst gab, hatten sicherlich wichtigeres zu tun, als ein Schild mit der Aufschrift „SDP Pankow“ am Haus der Johannes-R.-Becher-Straße 8 - jetzt Breite Straße - anzubringen.

Anfang Januar 1990 bekam ich einen Hinweis, wo sich das SDP-Büro befinden solle. Nach einigem Suchen fand ich das Gebäude, in dem sich das Büro befinden musste. Die Haustür war nur angelehnt, da der Schließmechanismus kaputt war. Ein dunkler Hausflur, der auch schon bessere Zeiten gesehen hatte, war voll gestellt mit Fahrrädern und Kinderwagen. Rechts und links an den Korridorwänden klebten Plakate der SDP und Bündnis 90.

Nach mehreren Treppen zeigte das Oberlicht vom Dach den Weg zum Büro. Am linken Türflügel stand „SDP Pankow“ am rechten „Bündnis 90“. Man hatte also noch die Wahl, entweder der SDP oder Bündnis 90 sein Anliegen vorzutragen. Auf mein Klopfen reagierte niemand. Also Drücker runter und rein.

Ein längerer Flur im unaufgeräumten Zustand lag vor mir. Die linke Tür führte direkt ins SDP-Büro. Gut, dachte ich, links passt ja auch zur SDP und klopfte an. Eine Stimme forderte auf einzutreten. An einem schon sehr alten Schreibtisch saß ein Herr, vielleicht Ende 60 Anfang 70, Walter Förster, wie ich später erfuhr.

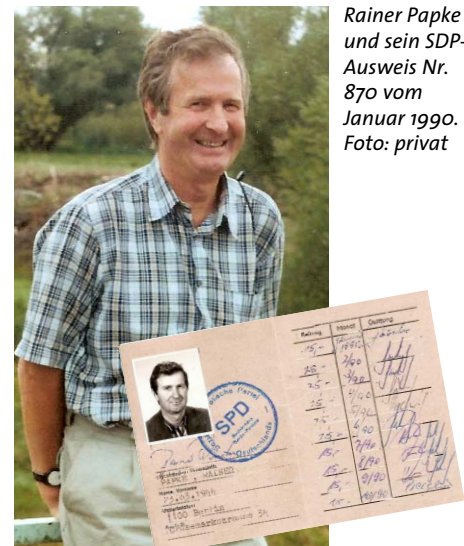
Zaghaft schaute ich mich in dem kleinen Büro um. Einen Sitzplatz für Gäste gab es nicht, denn rundherum war jedes freie Plätzchen zugestellt. Tapeziertische, auf deren Rückseite man deutlich „SPD Reinickendorf“ lesen konnte. Fahnenstangen und Ständer, Plakatrollen und ein alter wackeliger runder Kleiderständer nahmen allen Platz weg. Die Wände waren mit Plakaten behängt. Eines gefiel mir besonders. Ein Gitarre spielender Willy Brandt, Zigarette lässig im Mundwinkel, war darauf zu sehen. Fand ich sympathischer als jenes daneben, mit einer geballten Faust und einer roten Fahne.

Von diesem Büro führte eine weitere Tür in einen zweiten Raum, der ebenfalls total zugestellt war und in dem jemand - sicherlich vergeblich - etwas suchte. Ich dachte, wenn die Pankower SDP sich organisatorisch in so einem Zustand befindet wie ihr Büro, na dann gute Nacht.

Der ältere Herr, also Walter Förster, fragte nach meinem Begehren. Als ich erklärte, ich wolle in die SDP eintreten, examinierte er mich mit Fragen wie: ob ich wüsste wann die SPD, die jetzt im Osten SDP hieß, was er nicht verstehe, gegründet und wann sie in der DDR verboten worden ist und ob ich Mitglied der SED gewesen sei oder vielleicht gar noch bin. Für Walter Förster drei schwerwiegende wichtige Fragen, deren Beantwortung wohl die Voraussetzung für meine SDP-Mitgliedschaft sein würden. Die erste Frage konnte ich flüssig beantworten. Die zwei weiteren verneinte ich. Ob ich nun wohl durchgefallen war?

Nach einem längeren Exkurs über einen Parteilebenslauf, er war lange vor 1961 SPD-Mitglied geworden, öffnete Walter Förster den Schreibtisch und suchte und suchte, fand aber nichts. Er rief laut in den Nebenraum, zu dem unbekanntem Suchenden: „Manfred, wo sind die Ausweise für die Neuen?“ Der Unbekannte - später wusste ich, dass es Manfred Moldenhauer war - rief zurück: „Im Mittelschub, ganz hinten.“ „Mensch, wenn der doch mal aufräumen könnte“, knurrte Walter Förster. Genosse Walter nahm von dem kleinen Stapel einen Ausweis aus grau/brauner Pappe mit der Aufschrift: SDP-Sozialdemokratische Partei in der DDR, vorläufige Mitgliedskarte Nr. 00870. Er schrieb die Mitgliedskarte auf einer Schreibmaschine „Erika“ aus. Danach drückte er einen runden Stempel mit der Aufschrift: SPD Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Bezirksbüro Berlin-Pankow drauf. Offensichtlich war der Stempel, wie die Tapeziertische, auch aus Reinickendorf. Dort war das Kürzel SDP wohl noch nicht so geläufig.

So nebenbei fragte Walter: „Wieviel Mitgliedsbeitrag willst du oder kannst du monatlich zahlen, Genosse Papke?“ Ich zuckte zusammen, nicht wegen der Beitragsfrage,



Rainer Papke und sein SDP-Ausweis Nr. 870 vom Januar 1990. Foto: privat

sondern ob der ungewohnten Anrede. „15 Mark könnte ich wohl zahlen“ sagte ich. Er überreichte mir den Ausweis, gratulierte zu meiner Entscheidung, die ich nie bereuen würde, und meinte, ich solle mir jetzt meine zuständige „Basisgruppe“ suchen. Als neuer Genosse wagte ich nicht zu fragen, was eine Basisgruppe sei. Wenige Tage später wusste ich es, denn ich wurde am 30.1.90 zum Sprecher, so nannte man damals den Abteilungsvorsitzenden, der Basisgruppe 08 gewählt.

Ich gab dem Genossen Walter Förster meinen ersten Monatsbeitrag in selbst bestimmter Höhe von 15 Mark und er rief in den Nebenraum: „Manfred, wo ist die Parteikasse?“ Daraufhin Manfred: „Schreibtisch, rechte Tür.“ Walter öffnete die Schreibtischtür und die Parteikasse in einem Schuhkarton - „Leiser“ stand darauf, eine Firma die ich noch nicht kannte - fiel auf den Fußboden. Mehrere Geldscheine flogen, jede Menge Alu-Kleingeld kullerte durchs Büro. „Verdammt Mist, passiert mir schon zum dritten Mal, kannst du helfen einsammeln?“ fragte Walter. Und so sammelten wir die gesamte Barschaft der SDP Pankow sorgfältig wieder in den Schuhkarton. „Wieviel Geld ist da wohl drin?“, fragte ich neugierig. Daraufhin Walter: „Weiß ich nicht, musste Manfred fragen.“ Und nun wanderten meine 15 Mark in die Pankower Schuhkarton-Parteikasse, die beim nächsten Öffnen der Schreibtischtür sicher wieder zu Boden fallen würde. Dann muss ein anderer neuer Genosse beim Einsammeln helfen.

Rainer Papke □

Fest verwurzelt

Petra Merkel mit Wilhelm-Naulin-Plakette 2009 geehrt

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Petra Merkel ist am 6. Juni 2009, mit der Wilhelm-Naulin-Plakette geehrt worden. Dies ist die höchste Auszeichnung, die die Berliner und Brandenburger Kleingartenverbände vergeben.

Auf Vorschlag des Landesverbandes Berlin der Gartenfreunde e. V. hat das Kuratorium der Wilhelm-Naulin-Stiftung beschlossen, in diesem Jahr Petra Merkel für ihre Verdienste um das Kleingartenwesen in Berlin auszuzeichnen. Die Verleihung der Wilhelm-Naulin-Plakette fand im Rahmen eines Festaktes in der Orangerie des Schlosses Oranienburg auf der Landesgartenschau statt. Die durch die Landesverbände Berlin und Brandenburg der Gartenfreunde getragene Stiftung hat im Laufe der Jahre die Plakette bereits an eine Reihe von Förderern des Kleingartenwesens wie den ehemaligen Senator Harry Ristock, Bundesminister a. D. Dr. Manfred Stolpe, Bundeskanzler a. D. Gerhard Schröder oder die RBB-Intendantin Dagmar Reim verliehen.

Die Laudatio auf die Preisträgerin hielt der Bundestagsabgeordnete Klaus Uwe Benneter. In den 25 Jahren, in denen die



Freut sich über die Naulin-Plakette: Petra Merkel.

Plakette vergeben wird, sei Petra Merkel erst die zweite Frau, die den Preis erhält. Er könne sich aber niemand vorstellen, der diese Auszeichnung mehr verdient hätte. Petra Merkel sei seit mehr als 30 Jahren selbst Kleingärtnerin und kenne die Probleme von Schutzfristen oder Laubengrößen aus eigener Erfahrung. Sie setze sich, wann immer es gehe, für die Belange der Kleingärtnerinnen und Kleingärtner ein. Die Wilhelm-Naulin-Stiftung habe eine gute Entscheidung getroffen, Petra Merkel in diesem Jahr auszuzeichnen.

Petra Merkel war sichtlich bewegt, als sie die Plakette aus den Händen von Staatssekretär a. D. Gerhard Naulin, dem Sohn von Wilhelm Naulin, erhielt. Es sei eine große Ehre für sie, diese „wunderschöne Wilhelm-Naulin-Plakette auf der Landesgartenschau“ entgegenzunehmen. Als Edgar Thomas, Kuratoriumsvorsitzender der Wilhelm-Naulin-Stiftung und Vorsitzender des Bezirksverbandes Charlottenburg der Kleingärtner e. V. sie im November 2008 informiert hat, dass sie die Preisträgerin 2009 sei, habe sie sich unglaublich gefreut.

Sie wisse, wie es ist, wenn man buchstäblich verwurzelt ist mit Pflanzen, Bäumen, Hecken, den Menschen in der Kolonie - und immer wieder die Frage auftaucht: Wie sicher sind unsere Kleingärten? Von Lärmschutz bis zur Moderation zwischen Investor, Bezirk und Bezirksverband - sie versuche dann zusammen mit den Kleingartenverbänden Lösungen zu finden. Sie nehme die Auszeichnung stellvertretend für alle Abgeordneten entgegen, sagte Petra Merkel. Schließlich wissen die Politikerinnen und Politiker, was sie an den Kleingärten haben: „Grün, frische Luft, gepflegte Grünflächen, Engagement von Menschen in Vereinen, Pflege der Gemeinschaft zwischen unterschiedlichen Generationen.“

PM □

Aus Datenschutzgründen nicht in der Internetversion enthalten

T ERMIN E

- SPD Treptow-Köpenick - ASF Treptow, **Historischer Stadtspaziergang** mit der Historikerin Iris Fischer und Bundestagskandidat Kajo Wasserhövel, Samstag, 20. Juni, um 10 Uhr, Treffpunkt: Villa Offensiv, Hasselwerder Str. / Ecke Michael-Brücker-Straße
- Schwusos, **Beteiligung am schwul-lesbischen Stadtfest** im Motzstraßenkiez und Informationsstand in der "Politikwelt" in der Eisenacher Straße, Samstag, 20. Juni und Sonntag, 21. Juni, 11 Uhr bis 22 Uhr, Motz-, Eisenacher-, Fugger- und Kalckreuthstrasse.
- SPD Friedrichshain-Kreuzberg, Abt. Bötzwiviertel, **Filmmatinee: über einen Rockreport** "flüstern & SCHREIEN", (siehe S. 4), Sonntag, 21. Juni, 11:00 Uhr, Filmtheater am Friedrichshain, Bötzowstraße 1-5, Eintritt frei
- SPD Mitte - Arbeitsgemeinschaft Migration, **Jugendkriminalität im Wedding und gemeinsame Lösungen**, mit Ralph Schmidt, Polizeihauptmeister Direktion 3 - Abschnitt 35 / 411, Montag, 22. Juni, 19.00 Uhr, Vereinslokal der Erenler - Die Weisen e. V., Amsterdamer Straße 8, 13347 Berlin
- ASF Berlin, **Frauen und Entwicklung - 25 Jahre Marie-Schlei-Verein e. V.**, (siehe S.7), Montag, 22. Juni 2009, von 18.00 bis 20.00 Uhr, Erika-Heß-Saal, Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstraße 163, 13353 Berlin
- Mechthild Rawert, MdB, **Frauen stärken Frauen in Sri Lanka**, Mit Kshanika Weeratunge, Präsidentin von AGROMART und Mechthild Rawert, MdB Montag, 22. Juni, 18.30 Uhr, Gemeindesaal der Gemeinde St. Marien-Liebfrauen, Wrangelstr. 50/51, 10999 Berlin, Anmeldung unter Tel: 72 01 38 84, oder Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de
- SPD Mitte, Abt. Schillerpark, **Schulpolitik auf dem richtigen Weg** - Ein Blick aus der Praxis, mit Monika Buttgerit, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Bildungsfragen, Dienstag, 23. Juni, 19.00 Uhr, Restaurant Opatija, Müllerstr. 70, (Ecke Dubliner Str.), U6 Rehberge
- SPD Pankow, **Thierse trifft ... Marianne Buggenhagen**, Sportlerin, Paralympics-Siegerin, Dienstag, 23. Juni, 19.00 Uhr, Kulturbrauerei, Soda-Salon, Eingang Knaackstraße oder Sredzkistraße, 10435 Berlin, Eintritt frei.
- SPD Tempelhof-Schöneberg, Abt. Schöneberg, **"Auf Augenhöhe - Wie Frauen begannen, die Welt zu verändern"**, (siehe S. 10) Dienstag, 23. Juni, 19.00 Uhr, Rathaus Schöneberg - Casino
- SPD Spandau, **Gute Arbeit trotz Konjunkturkrise**, Diskussionsveranstaltung mit Olaf Scholz, unserem Bundesminister für Arbeit und Soziales, Moderation Swen Schulz, MdB und Direktkandidat für die Bundestagswahl im Wahlkreis Spandau/Charlottenburg-Nord, Mittwoch, 24. Juni 2009, von 19.00 bis 21.00 Uhr, im OSZ-TIEM, Goldbeckweg 8-14, 13599 Berlin, Anmeldung im Kreisbüro der SPD

Spandau unter der Telefonnummer 333 71 65 oder per Mail an kreis.spandau@spd.de.

- Mechthild Rawert, MdB, **Verbraucherinformation - geht sie weit genug?**, Aktuelles aus EU, Bund, Land, Bezirk. Mit Mechthild Rawert, MdB und Oliver Schworck, Stadtrat Tempelhof-Schöneberg, Mittwoch, 24. Juni, 19.30 Uhr, AWO- Spukvilla, Albrechtstr. 110, 12103 Berlin
- Berliner Wirtschaftsgespräche e. V. und der Fachausschuss Wirtschaft, **Renaissance der Berliner Industrie - trotz Krise?** Ein Masterplan für die Hauptstadt. mit Frank Jahnke, Wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, Christian Amsinck, Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg, Arno Hager, IG Metall, Dr. Arno Krotzky, Metanomics GmbH, Prof. Dr. Klaus Semlinger, FHTW Berlin, Dr. Peter Strunk, WISTA-Management GmbH, Mittwoch, 24. Juni, 19.00 Uhr, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 376, Niederkirchnerstraße 3-5, 10117 Berlin
- ASF Berlin und Ulrike Neumann, MdB und frauenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, **Gespräch ASF Landesvorstand mit Frauenbeauftragten & Frauenvertreterinnen** zur Besetzung von Organ-, Führungs- und Leitungsfunktionen, Mittwoch, 24. Juni, 19.30 Uhr, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 107, Niederkirchnerstraße 3-5, 10117 Berlin
- usos Berlin, **UNGERECHT IST ARM - auch IN BERLIN!** Kinoveranstaltung mit anschließender Diskussion (siehe S. 10) Donnerstag, 25. Juni, 19.00 Uhr, Kino "Die Kurbel", Giesebrechtstraße 4, 10629 Berlin-Charlottenburg. Anmeldung notwendig bis zum 22. Juni an eike.bruns@spd.de, Eintritt frei
- KULTURFORUM STADT BERLIN DER SOZIALDEMOKRATIE **"Von von Kunst leben"** - (siehe Seite 10) 25. Juni, 17.00 Uhr, Schwedter Straße 132-134, Mitte/Prenzlauer Berg, Trams M10, 12, 1, Nähe U2 Bhf Eberswalder Straße)
- SPD Spandau, Abt. Wilhelmstadt, **Stamm-tisch** Neues aus der Wilhelmstadt, mit Christian Haß, SPD-Bezirksverordneter und Ina Bittroff, Vorsitzende der Stadtteilkonferenz Wilhelmstadt, Freitag, 26. Juni, 20.00 Uhr, "Hasan's Pichelsdorfer Grill", Pichelsdorfer Straße 100, 13595 Berlin
- Schwusos, **Die Berliner SPD beim CSD**. Unter dem Motto: "Unser Grundgesetz - eine Erfolgsstory - Fortsetzung folgt!" Beteiligung am Umzug mit einem Wagen, Sonnabend, 27. Juni 2009, Anmeldungen zur Mitfahrt bitte bei Daniel Moll: info.Dmoll@gmx.de oder Kirstin Fusan: kirstin.fusan@berlin.de.
- Berliner Stimme, der vorwärts Berlin und das Kulturforum Stadt Berlin der Sozialdemokratie, **Dieter Winkler liest "Schublagentexte aus der DDR"** (siehe S. 16), Sonntag, 28. Juni 2009, 11.00 Uhr, Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstr. 163, 13353 Berlin
- Juso-Hochschulgruppen der FU, **Freiheit - Gerechtigkeit - Solidarität: Diskussion über die Grundwerte im SPD-Regierungsprogramm**, Wolfgang Thierse diskutiert mit der Juso-Hochschulgruppe der Freien Universität Berlin, Montag, 29. Juni, von 20.00 bis 21.30

Uhr, Hauptgebäude der FU Berlin (Habelschwerdter Allee 45) Raum K 24/21.

- SPD Steglitz-Zehlendorf, Abteilung Seenplatte, **"Neue Schulstruktur für Berlin"**, Diskussionsveranstaltung mit Claudia Zinke, Staatssekretärin für Bildung, Jugend und Familie und Renate Krohm, schulpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Steglitz-Zehlendorf, Dienstag, 30. Juni, 19.30 Uhr, Aula des Dreilindengymnasiums, Dreilindenstr. 49, 14109 Berlin
- Gesprächskreis Migration und Integration, **"Die Anerkennung von im Ausland erworbenen Bildungs- und Berufsabschlüssen"**. Dienstag, 30.06., 18 Uhr, „Maultaschenmanufaktur“, Lützowstraße 22, 10785 Berlin-Tiergarten, mit Irmgard Rüter, Otto Benecke Stiftung. Anmeldung: Guenther-SchulzeBerlin@gmx.de

S PRECHSTUNDEN

- **KLAUS UWE BENNETER**, Bürgerbüro, Schildhornstraße 91, 12163 Berlin-Steglitz, Bitte Termine erfragen und anmelden unter der Rufnummer 81820878.
- **DETLEF DZEMBRIKZI**, Bürgerbüro, Waidmannsluster Damm 149, 13469 Berlin, Anmeldung erbeten unter Tel. 409 109 33 oder info@dzembritzki.de
- **DR. EVA HÖGL**, Bürgerbüro, Sonnenallee 124, 12045 Berlin-Neukölln. Bitte Termine erfragen und anmelden unter 687 20 83.
- **PETRA MERKEL**, Wahlkreisbüro, Goethestraße 80, 10623 Berlin. Bitte anmelden unter Tel. 313 88 82 oder per Mail petra.merkel@wk.bundestag.de.
- **MECHTHILD RAWERT**, Wahlkreisbüro, Friedrich-Wilhelm-Str. 86, 12099 Berlin, Sprechstunde jeden 2. Freitag im Monat von 15.00 bis 18.00 Uhr und nach tel. Vereinbarung, Anmeldung bitte unter Tel. 72013884 oder mechthild.rawert@wk.bundestag.de.
- **DAGMAR ROTH-BEHRENDT**, Europabüro, Brunnenstr. 167 in 10119 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 4660 7911
- **SWEN SCHULZ**, Bürgerbüro, Bismarckstr. 61, 13585 Berlin. Bitte anmelden unter Tel. 36 75 70 90. Nächste Termine: - Donnerstag, 25. Juni 2009, von 15.00 bis 18.00 Uhr, Donnerstag, 9. Juli 2009, von 15.00 bis 17.00 Uhr -- Kreisbüro Marzahn-Hellersdorf, Blumberger Damm 158, 12679 Berlin, Anmeldung bitte unter Tel. 99401015.
- **JÖRG-OTTO SPILLER**, Wahlkreisbüro, Raum 502, Müllerstr. 163, 13353 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 4692-125 oder per E-Mail unter joerg-otto.spiller@wk.bundestag.de -- Bürgerbüro Lichtenberg, Rathausstr. 7, 10367 Berlin, Anmeldung unter Tel. 9760 6732 oder per Mail unter andreas.buechner@spd.de.
- **WOLFGANG THIERSE**, Wahlkreisbüro Wolfgang Thierse, Hagenauer Straße 3, 10435 Berlin. Bitte Termine erfragen und anmelden unter Tel. 442 83 88

Die Berliner Stimme im Abonnement

Änderungen beim Abonnement? Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

Sie haben noch kein Abonnement? Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin oder per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

Festival:

48 Stunden grün

Neuköllner Kunstszene nimmt sich der Parks und Gärten an

Neukölln zeigt sich von seiner grünen Seite: Beim Festival „48 Stunden“ setzen sich die Künstler im Bezirk vom 26. bis zum 28. Juni 2009 mit Gärten, Spazierwegen und Parkanlagen auseinander, sie nutzen sie als Orte für Installationen und Performances.

Das Kunst- und Kulturfestival „48 Stunden Neukölln“ hat sich inzwischen fest im Berliner Kulturkalender etabliert. Zum 11. Mal locken jetzt zahlreiche Veranstaltungen an vielen unterschiedlichen Plätzen des Bezirks nicht nur die Neuköllnerinnen und Neuköllner an.

Organisiert werden die 48 Stunden Neukölln vom Kulturnetzwerk Neukölln e.V., das Bezirksamt Neukölln stellt die Grundfinanzierung sicher. Viele weitere Stiftungen, Partner und Sponsoren tragen dazu bei, dass sich Neukölln alljährlich von seiner besten Seite präsentiert.

Dem großen Thema „Mensch und Natur“ widmet sich eine Ausstellung im Erdgeschoss der Alten Post (Karl-Marx-Str. 97/99). Erstmals werden während des Festivals Schrebergärten zur Bühne künstlerischer



Eine technikfreie Video-Installation: Fernsehgarten von Katharina Greve

schon Darstellungen. Die Kolonie Hand in Hand in der Rütlistraße, wegen des Ausbaus des Rütli Campus von der Schließung bedroht, stellt mehrere Parzellen zur Verfügung. Unter dem Motto „Raus aus der Galerie, rein in die Kolonie“ erobern Künstler die versteckte Gartenidylle mitten im Reuterkiez. Mehr als 60 Menschen haben an der Entstehung eines Kleides für die Trümmerfrau in der Hasenheide mitgewirkt. In unmittelbarer Nähe zum Denkmal finden Aktionen und Performances statt. **BS** □

KULTURTIPPS

„Schubladentexte aus der DDR“ stellt der Autor und DDR-Historiker Dieter Winkler bei einer Lesung am 28. Juni in der Galerie im Kurt-Schumacher-Haus vor. Damit wird die Reihe der Matinee-Lesungen zum Thema „1989 - davor und danach“ fortgesetzt. Gemeinsam mit SDP-Mitbegründer Torsten Hilse hat Dieter Winkler im verbum-Verlag mittlerweile vier Bände mit Texten, die in der DDR nicht erscheinen konnten, herausgegeben. Der zuletzt erschienene Band „Hundert Prozent.“ enthält u.a. ein bitter-satirisches Theaterstück über die DDR-Wahlen, die über drei Jahrzehnte geführten kritischen Gedichte eines einfachen Pfarrers, die bis heute von den Betroffenen aufbewahrten Dokumente ihrer Parteiausschlüsse aus der SED sowie Texte über die Perversität des Berlin-Berliner Grenzverkehrs. Die Beiträge lassen eine Lebenswirklichkeit wieder lebendig werden, die vor 20 Jahren mit Massenflucht und friedlichem Protest beendet wurde. **BS** □

➡ Wir bitten um Anmeldungen telefonisch unter 4692 150 oder im Internet: <http://www.spd-berlin.de/lesung-winkler>.

Starke Stimmen gegen Rechts

Frank-Walter Steinmeier startete mit Musikern und Produzenten einen Bandwettbewerb

SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier hat jetzt gemeinsam mit Musikern und Vertretern der Musikindustrie einen Band-Wettbewerb gegen Rechtsextremismus gestartet. Der „Song-Contest der besonderen Art“ soll „Nazis aus dem Takt bringen“.

„Rechtsextremismus hat bei uns keinen Platz! Nicht im Internet, nicht in der Musik, nicht in der Schule, nirgendwo!“ Das ist die Botschaft des am Dienstag gestarteten Projekts „Nazis aus dem Takt bringen - Starke Stimmen gegen Rechts“. Initiatoren sind

neben Steinmeier und DGB-Chef Michael Sommer die Band The BossHoss, Smudo von den Fantastischen Vier, die Soulsängerin Oceana sowie Tim Renner, Geschäftsführender Gesellschafter der Motor Entertainment GmbH. Steinmeier erinnerte zum Startschuss der Initiative am Dienstag in Berlin an die zunehmende Gewalt, die Nazis zuletzt massiv am 1. Mai ausgeübt hatten.

Vom 26. Juni bis 1. Juli können junge Bands, die noch keinen Labelvertrag haben, ihren Track zusammen mit einem Kom-

mentar hochladen, warum sie die Richtigen sind, um Nazis aus dem Takt zu bringen. Eine hochkarätig besetzte Jury wählt die zehn besten Beiträge aus, aus denen zwischen dem 3. und 7. Juli im Internet die Sieger gewählt werden. Um die Nazis endgültig aus dem Takt zu rocken, kommen die besten Bands auf eine CD und stellen sich auf einem Konzert einem breiten Publikum vor - gemeinsam mit prominenten Musikern. **BS** □

➡ Im Internet: www.myspace.com/nazisausdemtaktbringen